Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 141 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug 4.50 Mk., oder 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto trägt der Verlag die Bestellgebühren. | Halle, Freitag, den 18. Juni 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 60 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 2.50 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Es war wieder nichts.

Auch Trimborn gibt es auf. — Fehrenbach versucht es von neuem.

Berlin, 16. Juni. Dr. Trimborn berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über den Fortgang seiner Verhandlungen. Der Reichspräsident dankte Dr. Trimborn für seine guten Bemühungen, die, wie er hoffe, wesentlich zur Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten beigetragen haben. Kurzzeit verhandelt der Reichspräsident mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Abgeordneten Fehrenbach wegen Uebernahme des Kanzleramtes.

Berlin, 18. Juni. Die Bemühungen Fehrenbachs, ein Kabinett aus den drei alten Koalitionsparteien zustande zu bringen, hatten bis zur späten Nachtstunde keinen Erfolg. Die Sozialdemokratie erklärte laut „Berliner Tageblatt" endgültig, daß sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen werde. Sie würde angesichts der Verhandlungen in Spa dem neuen Kabinett keine Schwierigkeiten bereiten, behalte sich aber alle Schritte vor, falls die Regierung eine arbeiterfeindliche Politik einschlage.

Berlin, 18. Juni. Daß Dr. Trimborn mit seinem Vorschlag, die Bildung des Kabinetts dem Pariser Geschäftsträger Dr. Mayer zu übertragen, bei der Bayer. Volkspartei auf Widerstand stieß, der Dr. Mayer als Abgeordneter angehört, wird erst nachträglich bekannt. Allgemein aber wird anerkannt, daß in dem bisherigen vielseitige Aufgabe eine Persönlichkeit gefunden wurde, die durch die verbindliche Art ihres bisherigen parlamentarischen Auftretens eine gewisse Zustimmung der verschiedenen Parteien sicher erhalten wird. — Wie der „Vorwärts" meldet, verhandelte Fehrenbach gestern mit den demokratischen Abgeordneten Haas, Haußmann und Petersen, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Heinze und den Sozialdemokraten H. Müller und Loebe. Dabei wurde wiederum der Vorschlag, die alte Koalition weiterzuführen, zur Diskussion gestellt, jedoch alsbald fallen gelassen, da die Sozialdemokraten auf ihrem ursprünglichen Standpunkt beharrten. Es könne darnach wieder nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte in Betracht kommen, an der sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei beteiligen. Unter diesen Umständen sei der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion von heute vormittag große Bedeutung zuzusprechen.

Hatte es gestern morgen noch den Anschein, daß Trimborn mit seiner übernommenen Aufgabe Erfolg habe, daß er das Unmögliche möglich machen könnte, nämlich ein Kabinett ohne Sozialdemokraten, aber auch ohne Deutschnationale zusammenzubringen, welches nicht gleich bei der ersten Abstimmung im Reichstag unmöglich wurde, so ergab sich im Laufe des gestrigen Vormittags noch, daß alle diese Pläne auch nur Seifenblasen waren, die zerplatzten sowie sie mit einem Luftzug in Berührung kamen.

Jetzt will es nun Fehrenbach, der Präsident der Nationalversammlung, von neuem versuchen. Klarheit hat man noch nicht darüber, ob er von Trimborn als Reichskanzler dem Reichspräsidenten vorgeschlagen ist oder ob er selbst die Kabinettsbildung übernommen hat. Darin widersprechen sich die Blättermeldungen noch. Bescheitert sollen Trimborns Pläne nur an der Personenfrage sein und die Absicht der neuen Kabinettsbildung bewegt sich immer noch auf der gestern angedeuteten Linie der Mitte. Aber immer wieder versucht man unsere, die sozialdemokratische Partei, zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen. Sei es durch widerholte mündliche Verhandlungen, sei es durch gütliches Zureden in der gesamten bürgerlichen Presse bis hinüber zu den Deutschnationalen oder durch verhüllte Drohungen in derselben.

Es bleibt aber für uns als Partei ausgeschlossen, auf alle diese Machinationen auch nur näher einzugehen. Wir werden einer Regierung ohne Einschluß der Deutschnationalen in Anbetracht der auswärtigen Lage Deutschlands nicht leichtfertig oder auch nur unnötig innere Schwierigkeiten bereiten, aber in allen Schritten ihr gegenüber müssen wir uns grundsätzlich alle Freiheit vorbehalten.

Kommt die Regierung der Mitte doch zustande, so bedeutet das, daß die Arbeiterklasse, trotz des unverständigen Verhaltens ihrer „unabhängigen" Minderheit zunächst mit einem blauen Auge davon kommt, daß zunächst die schlimmsten Konsequenzen abgewendet worden sind und daß alles weitere von der Zukunft abhängt. Denn so, wie es jetzt geworden ist, kann es auf die Dauer nicht bleiben, darüber ist man sich auf allen Seiten klar. Die Regierung der bürgerlichen Mitte, die nicht einmal eine feste zahlenmäßige Mehrheit im Reichstag hat, wird nicht lange auf dem steilen Grat spazieren gehen können, sie wird notwendigerweise entweder nach rechts oder nach links hin abgleiten. Ihre Existenz ist nur ein Zeichen dafür, daß im Kampf zwischen Reaktion und Arbeiterklasse eine Entscheidung noch nicht gefallen, sondern nur eine Ruhepause eingetreten ist, die nicht sehr lange dauern kann.

In dieser kritischen Situation ist eine vernünftige politische Führung der Arbeiterklasse von ausschlaggebender Wichtigkeit. Eine große Gefahr liegt darin, daß eine einheitliche Führung noch immer nicht besteht, sondern daß verschiedene Parteien vorhanden sind, die bestrebt sind, einander vor den Arbeiterwählern den Rang abzulaufen. Mehr denn je tut den Arbeitern die Erkenntnis not, daß nicht der ihre Sache am besten führt, der am lautesten schreit und die gewaltsamsten Gebärden macht. Die sozialdemokratische Partei wird sich an einem solchen Konkurrenzkampf nicht beteiligen. Ihre Stellung gegenüber einer rein bürgerlichen Regierung kann keine andre sein als die einer grundsätzlichen Gegnerschaft, und sie braucht keiner schreiend vorgetragenen Beteuerungen, um dies vor ihren Anhängern zu betonen. Ihr Ziel muß es sein und bleiben, dem arbeitenden Volk und dem Gedanken des Sozialismus nicht nur jenes Stück des Einflusses zurückzuerobern, das sie in der alten Koalition besaß und das sie durch die törichte Politik der Unabhängigen verscherzt haben, sondern viel mehr. Ihre Taktik aber wird sie nach ihrer Beurteilung der gegebenen Machtverhältnisse einrichten, und sie wird sich den Zeitpunkt entscheidender Aktionen nicht von unberufenen Ratgebern diktieren lassen.

Der Hundertdreizehnte!

Genosse Sidow zieht als 113. Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion in den Reichstag ein. Die 4000 Stimmen Ueberschuß sind der Reichswahlliste überwiesen worden. Danach sind im Wahlkreise Potsdam I von Sozialdemokraten die drei ersten Abgeordneten der Liste Wissell, Genossin Juchacz und Sidow gewählt. Im Bezirk Magdeburg ist eine Aenderung insofern eingetreten, als bei der Berechnung der Restsitzen aus dem Wahlkreisverband nicht die Genossin Bollmann-Halberstadt gewählt worden ist, sondern der in Thüringen aufgestellte Genosse Käppler, dem die Magdeburger Restsitzen zufielen.

Ein Berliner Lehrer als Landrat.

Der Preußische Minister des Innern, der sich bemüht, Angehörige aller in Betracht kommenden Schichten zur Besetzung freier Beamtenstellen heranzuziehen, hat den Lehrer Otto Pautsch nach Einwilligung des Preußischen Kultusministeriums zum kommissarischen Landrat im Kreise Lebus bestellt.

Krassin in London.

Fast hatte es in letzter Zeit den Anschein, da die Verhandlungen zwischen Krassin und Lloyd George ins Stocken gekommen waren, daß sie überhaupt ohne bestimmten Abschluß bleiben würden. Krassin ließ sich deswegen und schließlich aus Langeweile von einem französischen Journalisten interviewen, der dann natürlich das Gespräch auch in der Oeffentlichkeit verwertete. Und siehe da, jetzt kommt gleich diese Nachricht:

London, 17. Juni. Havas. Der ständige Ausschuß des obersten Wirtschaftsrates und Krassin sind am Donnerstag nachmittag zu einer Besprechung zusammengetreten.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 17. Juni. Der „Abend" veröffentlicht die von den österreichischen Eisenbahnern zur Durchführung des Boykotts gegen Ungarn getroffenen Bestimmungen. Der Schnell- und Personenzugsverkehr von und nach Ungarn bleibt vorläufig aufrecht erhalten. Die der Gewerkschaftskommission angeschlossene Staatsorganisation des Post- und Telegraphenwesens hat beschlossen, am 19. Juni mitternacht den Brief-, Paket-, Telegramm- und Funkentelegramm-Verkehr von und nach Ungarn vollständig zu unterbinden. Ausgenommen sind Meldungen für die Entente-Missionen.

Nationalistische Aufstände in der Türkei.

Konstantinopel, 17. Juni. (Havas.) Die nationalistischen Streitkräfte rücken in den Küstengegenden des Marmara- und Schwarzen Meeres immer weiter vor. Es scheint, daß die Inseln des Marmarameeres von den Anhängern Kemals besetzt worden sind. Der Metropolit von Mereste drahtete, daß die Ortschaften in Flammen stehen. Ein an der Küste vorbeifahrender türkischer Dampfer erhielt einige Gewehrschüsse. Nachrichten aus Zonguldak besagen, daß die Stadt Heraklea wegen Bedrohung durch nationalistische Banden Hilfe bei den französischen Truppen, die mit der Ueberwachung der Bergwerke betraut sind, verlangte. Eine Kompagnie ist nach Heraklea entsandt worden.

Paris, 17. Juni. Aus einer Meldung des „Temps" geht hervor, daß die Türken bei Bozanti 10 französische Offiziere und ungefähr 550 Soldaten gefangen genommen haben. Man hält das hier für einen Verstoß gegen den mit Mustapha Kemal Pascha in Angora abgeschlossenen Waffenstillstand.

Warum wir Sozialdemokraten für ein deutsches Oberschlesien sind.

Von Ulrich Mamlok, Tichau (Oberschlesien).

In der Danziger Wochenschrift „Die Brücke" begründet der Verfasser die überzeugte Haltung unserer oberschlesischen Genossen zu Deutschland in längeren Ausführungen, die auch unsere Leser interessieren werden und die wir daher im Auszug wiedergeben.

Man hat uns Sozialdemokraten als Anhänger der Internationale stets jedes vaterländische Empfinden abgesprochen, weil der Sozialismus die ganze Welt als sein Vaterland betrachtet. Und doch sind es gerade die vaterlandslosen Gesellen, die jetzt die eifrigsten Verfechter des deutschen Gedankens in Oberschlesien sind. Worauf ist dieser Gesinnungsumschwung zurückzuführen, da doch nationalistische Tendenzen sich mit unseren Grundsätzen nicht vereinbaren lassen? Nein, nicht plötzlich erwachter Nationalismus ist es, sondern die Interessen der Arbeiterschaft, deren Wahrung unsere Partei zu ihrer obersten Aufgabe gemacht hat, zwingen uns zu dieser Stellungnahme. Das also ist des „Pudels Kern", und hieraus ergibt sich auch unser ablehnender Standpunkt in der Aufnahme der Autonomiefrage, denn unseres Erachtens läßt sich der autonome Staat mit den demokratischen Prinzipien nicht in Einklang bringen, weil er auf eine Klassendiktatur schlimmster Art hinausläuft. Ob in diesem Staate die Schwerindustrie das Heft in der Hand hält — der erste Schritt dazu ist ja bereits durch Schaffung eines industriellen Pressetrustes geschehen — oder, ob gewissermaßen eine Hierarchie die Regierungsform Oberschlesiens bilden sollte, bleibt sich für uns vollkommen gleich; in jedem Falle bleibt doch die Arbeiterschaft, die das Gros der oberschlesischen Bevölkerung bildet, von der Regierung völlig ausgeschlossen. Um pekuniärer Vorteile willen arbeitet der Kapitalismus mit den Autonomisten Hand in Hand. Die auf Kosten des Volkes errungenen Kriegsgewinne möchte man der gerechten Besteuerung in Deutschland oder Polen entziehen und noch ins Unermeßliche steigern. Erklärt man doch jetzt bereits in diesen Kreisen ganz unverhohlen, daß man dann die Arbeiterlöhne gewaltsam auf den Friedensstand reduzieren werde, da man ja dann die Macht dazu in Händen habe und auch sonst denkt man an eine Beeinträchtigung und Schmälerung der Rechte, die sich die Arbeiterschaft in ruhmvollen Kämpfen errungen hat.

Daß wir aber für Polen stimmen sollten, wo man bereits eine Neuauflage des Sozialistengesetzes nach dem berühmten altpreußischen Muster in Vorbereitung hat und den Sozialismus wie ein lästiges Unkraut ausrotten möchte, kann uns im Ernst niemand zumuten. Wenn wir die Wahl zwischen dem demokratischen Deutschland und Polen, dem Eldorado aristokratischer Staatsformen der Neuzeit haben, so dürfte uns der Entschluß nicht schwer fallen. Man spreche ja nicht von den angeblichen Konzessionen die die polnische Regierung den Arbeitern gemacht hat; schlagender konnte wohl kaum das Gegenteil bewiesen werden, als durch die Haltung des polnischen Abstimmungskommissars Korfanty und damit der polnischen Regierung in der Frage der Betriebsräte. Daß Polen sich hier mit dem Ententeverbot solidarisch erklärte, obwohl doch diese Einrichtung lediglich eine Erweiterung der Arbeiterrechte ohne jede nationale Tendenz bezweckte, wirft ein grelles Schlaglicht auf die sozialen Absichten der polnischen Regierung. Und nun vor allem die Sozialpolitik, die doch in Polen sehr im argen liegt. Oder wagt es jemand, zu behaupten, daß das polnische Versicherungswesen dem deutschen gleichwertig ist? Die Betriebsvorschriften zum persönlichen Schutz für das Leben des einzelnen Arbeiters sind in Polen völlig unzureichend, eben, weil keine ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0001

nügenden Renten- und sonstigen Gesetze vorhanden sind, die den Arbeitgeber zur Haftung und Schadenersatz für einen erlittenen Betriebsunfall zwingen. Man hat sich ferner überall bei uns bemüht, die geistige Bildung des „vierten Standes“ auf jede Art und Weise zu heben und sollte jetzt mit einem Male für eine Gleichstellung des oberschlesischen Arbeiters mit dem auf bedeutend niedrigerem Kulturniveau stehenden polnischen eintreten?

Aber auch für Polen selbst würde eine Annexion Oberschlesiens vom sozialistischen Standpunkte aus eine Gefahr bedeuten. Der Sozialismus, der in Oberschlesien eine riesige Anhängerzahl besitzt und sich in der deutschen Republik ungestört entfalten konnte, während er in Polen mit der Gewalt der Bajonette niedergehalten wurde, würde sich wie ein Flugfeuer über Polen verbreiten. Die Folge davon wären furchtbare Klassenkämpfe, da der Pole überhaupt nicht politisch geschult und organisiert, vor allem aber von Natur sehr heißblütig ist. Da Polen, wie ich ja schon oben betonte, ein ausgesprochener Klassenstaat ist, in dem nur Adel und Geistlichkeit — der größte Teil der Richterstellen in der Provinz Posen ist mit Geistlichen besetzt— herrschen, so würden die Geister des Bürgerkrieges in einer derartigen Weise entfesselt werden, daß der polnische Staat einer solchen Revolution nicht stand halten könnte.

Opfermut.

Die Unabhängigen haben sich im Wahlkampfe sehr viel darauf zugute getan, daß sie noch den alten sozialistischen Kampfwillen und Opfermut hätten; ihre Anhänger setzten sich im Dienste der Arbeiterschaft noch furchtlos Verfolgungen, Prozessen, Strafen aus. Das ist richtig, aber ebenso richtig ist, daß die Mehrheitssozialisten mindestens die gleichen Opfer bringen, nämlich im besetzten Gebiet. In Ludwigshafen, in Mainz, in Wiesbaden, in zahllosen anderen Orten freicheit der feindliche Besatzungskommandant die U. S. P., die vor dem ausländischen Militarismus auf dem Bauch rutscht und verfolgt unbarmherzig unsere Genossen. Unser Parteiblatt in Köln die „Rheinische Zeitung“ ist verboten — der „Unabhängigen Rheinischen Republik“ wird das gewiß nie widerfahren. Opfer bringt die Mehrheitssozialdemokratie auch, aber sie bringt sie für einen guten und vernünftigen Zweck, nicht für den Kampf gegen die demokratischen Grundrechte des Volkes selbst.

Die politisch Ungeschulten.

Kritik an der U. S. P.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir: Die „Freiheit“ hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß nur Leute ohne politische Schulung die Haltung der Unabhängigen in der Regierungsfrage nicht begriffen. Als solche Leute ohne politische Schulung haben sich mittlerweile u. a. Kautsky, v. Gerlach und der unabhängige Redakteur Karl Schneidt eingestellt. Als vierter schließt sich ihnen der unabhängige Schriftsteller Hermann Fernau, der bekannte Pazifist an, der in der „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

Die Mitarbeiter der „Freiheit“ setzen zum so und so vielten Male ihre Klassenkampf- und Endzieltheorie auseinander: In jeder mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Regierung bekämpfen wir „die politische Machtzentrale des Kapitalismus“ (Dittmann), oder: An einer bürgerlichen Regierung teilnehmen, hieße für unsere Partei „sich selbst aufgeben“ (Breitscheid), oder: Die Beteiligung der U. S. P. an der Regierung „wäre eine Preisgabe unseres Programms und ein Verrat an den Interessen derer, die der U. S. P. Stimme und Vertrauen geschenkt haben“ (Crispien). Verzeihung, Genosse Crispien, ich, der ich auch für Sie stimmte, empfinde es ganz anders, gründlich umgekehrt. In den Unabhängigen sah ich bisher die entschiedensten Verteidiger der Republik und erst nachher, wenn die Republik einmal fest im Sattel sitzt, die Verwirklicher des Sozialismus. — Jetzt, nach der Wahl, erklären die Unabhängigen: Dadurch, daß wir die Macht und Verantwortung dem Bürgertum übergeben, aber kraft unserer Machtstellung ihm das Regieren sehr sauer machen werden, wird ein Kampf entbrennen, der die nötige Klarheit schaffen, aus der halben Revolution vom November eine ganze machen und den schließlichen Sieg des Sozialismus herbeiführen wird. . . .

Durch das Anwachsen der Reaktion ist die deutsche Republik in schwere Gefahr geraten. Alle Mann an Bord zu ihrer Rettung! Weg mit allen parteipolitischen und „taktischen“ Erwägungen in dieser ernsten Stunde! Was gelten Parteitagsbeschlüsse, Klassenkampftheorien und Parteidogmatik; wenn es ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der republikanischen Staatsform geht? Die Wähler, die am 6. Juni für die U. S. P. gestimmt haben, wollen zunächst eine demokratische Republik. Denn nur die demokratische Republik kann den Boden für den vernünftigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft bilden. Der Regierung und Wehrmacht dieser demokratischen Republik mit parteipolitischen marxistischen oder sonstigen Spitzfindigkeiten an ihre schlimmsten Feinde ausliefert, der begeht Verrat am deutschen Volke, Verrat am Sozialismus.

Der Redaktion des „Vorwärts“ gehen täglich Zuschriften einfacher Arbeiter zu, die ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß sie am 6. Juni unabhängig gestimmt haben. Die Zahl der „politisch Ungeschulten“ vermehrt sich reißend, und die politischen Schulmeister der U. S. P. predigen tauben Ohren.

Feststehen und Vorwärtsgehen.

Auch eine Wahllehre.

Nicht überall haben die letzten Wahlen einen Stillstand oder Rückschritt der sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Insbesondere wo unsere Genossen eine konsequente Organisationsarbeit verbanden mit einer gradlinigen politischen Stellungnahme, wo sie sich nicht dauernd durch die unabhängigen Lärmmacher von einer Aufregung in die andere jagen ließen, war der Stimmenverlust unserer Partei bei den Reichstagswahlen verhältnismäßig gering, hier und dort war sogar trotz allem ein Fortschritt zu verzeichnen.

Ein sehr lehrreiches Beispiel bietet der kleine oldenburgische Landtagswahlkreis Eutin — das frühere „Fürstentum Lübeck“ —, der für die Reichstagswahlen zu Schleswig-Holstein gehört und infolgedessen fürs Reich diesmal nicht mitwählen konnte. Er wählte aber am 6. Juni zum oldenburgischen Landtage und die Stimmenziffern, die er aufbrachte, sind sehr bemerkenswert, wenn man sie vergleicht mit denen von der im November 1919 vollzogenen Kreistagswahl. Wir geben sie hier wieder und fügen die Kreistagsstimmen in Klammern bei. Es erhielten:

Sozialdemokraten	9068	(7407)
Unabhängige	825	(870)
Rechtsparteien	6721	(5768)
Demokraten	2994	(3543)

Es ergibt sich also, daß die Sozialdemokraten 1641 Stimmen gewonnen haben, während die Unabhängigen verloren. Das gleiche Resultat zeigt sich bei den Bürgerlichen. Die Demokraten, die in ihrer Haltung schwanken, verloren, während die Rechtsparteien gewannen.

Noch deutlicher wird das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen, wenn man die wenigen Industrieorte des Kreises, die schon an den Lübecker Stadtstaat grenzen, vergleicht. Dort erhielten in

	Sozialdemokraten	Unabhängige
Renfefled . .	918 (737)	141 (160)
Stockelsdorf .	923 (713)	242 (246)
Seeretz . . .	381 (320)	18 (11)
Zusammen also	2222 (1770)	401 (417)

In dem Städtchen Eutin vermehrten wir unsere Stimmen von 1096 auf 1051, die Unabhängigen sanken von 45 auf 34, die Rechtsparteien stiegen von 1075 auf 1098 und hier gewannen sogar die Demokraten 42 Stimmen, so daß sie 597 buchen konnten.

Der kleine Landkreis ist selbstverständlich kein Musterbeispiel für alle Fälle. Aber soviel lehren die Ziffern doch, daß die Werbekraft der Unabhängigen nicht überall wirkt. Wo vor allem die Sozialdemokratie in ihrer Organisation feststeht, wo sie durch keine unabhängigen Rodomontaden sich aus dem politischen Gleichgewicht bringen läßt, wird sie immer den Vorsprung haben. Ihre praktische Arbeit, ihr gesunder Sinn für das Mögliche sichert ihr die Anhänger, die politische Nervosität treibt sie hingegen dem lautesten Schreier zu.

Zeitfreiwillige Studenten als Mörder.

Ende März ging eine Nachricht durch die Presse von einer empörenden Bluttat, die Marburger Studenten als Zeitfreiwillige an 15 Einwohnern des Bades Thal in Thüringen verübten. Die 15 wurden auf eine Denunziation hin verhaftet und dann auf dem Transport wegen Fluchtversuches, wie es damals und jetzt noch üblich ist, erschossen. Jetzt findet nun vor dem Kriegsgericht, ein Zivilgericht würde ja ein wenig unparteiischer sein, der ehemaligen 22. Division unter Vorsitz des Kriegsgerichtsrats Reif eine Verhandlung gegen die Angeschuldigten statt.

Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Todschlag. Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Hauptangeklagter Leutnant a. D. stud. jur. Göbel sagte, daß er am 24. März mit anderen zusammen von Sättelstädt nach Thal geschickt wurde zur Vornahme von Verhaftungen. Von Thal nach Sättelstädt seien die Gefangenen ohne Zwischenfall auf einem Leiterwagen gebracht worden. Am anderen Morgen sei er dann mit der Führung des Gefangenentransportes beauftragt worden. Er sei am Schluß des Bataillons marschiert. Nacheinander hätten erst einer, dann zwei, dann vier und dann der Rest Fluchtversuche (?) gemacht. Bei diesen Fluchtversuchen seien sie dann erschossen worden. Der Angeklagte gibt weitere Einzelheiten der Tat wieder. Als nächste werden vernommen die Angeklagten Engelbrecht, Jahn und Kraus, die bei der Erschießung des Arbeiters Hornschuh beteiligt waren. Sie bestätigen im allgemeinen die Aussagen des Angeklagten Göbel. Nur Jahn äußerte sich zu der drohenden Haltung der Mechterstädter Bevölkerung; besonders die Eisenbahner hätten gegen sie eine drohende Haltung eingenommen und sie verhöhnt.

Am anderen Tage fand dann auf der Straße Eisenach—Gotha bei den Orten Sättelstädt, Mechterstedt und Tentleben ein Lokaltermin statt. Es waren dort außer den 14 Angeklagten auch 12 Zeugen und einige Sachverständige erschienen. Die einzelnen Tatorte und die Lage der 15 Leichen wurde festgestellt. Ueber den Ausgang dieser Kriegsgerichtsverhandlung werden wir berichten.

Levin statt Heckert.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, hat der in Chemnitz gewählte Kommunist Heckert entsprechend einem früheren Beschluß des Spartakusbundes auf sein Mandat verzichten müssen. An seine Stelle tritt der gegenwärtige Zentralleiter des Spartakusbundes Paul Levin, der sich gemeinsam mit Klara Zetkin zu „parlamentarischen Kretins“ entwickeln will, wie die „Rote Fahne“ jetzt schon — Karl Kautsky bezeichnet.

Personalveränderungen in der preußischen Verwaltung. Wie die „P. P. N.“ aus dem preußischen Ministerium des Innern erfahren, ist der Rechtsanwalt und Notar Volck aus Tilsit zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Königsberg, der Oberbürgermeister Rosenkranz aus Insterburg zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen und der Rechtsanwalt Tiedemann aus Erfurt zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Erfurt ernannt worden. Ferner ist der Landrat von Sybel aus Dinnenburg zum Verwaltungsgerichtsdirektor in Aurich ernannt worden. — Der kommissarische Landrat Reg. Rat Friedrich (Hattingen Bez. Arnsberg) ist zum Landrat und ebenso der Stadtrat und Abgeordnete Gebhardt (Burg Zerichow I) dort zum Landrat ernannt worden. — Vom preußischen Justizministerium ist der Landgerichtsdirektor beim Landgericht I in Berlin, Geheimer Justizrat Schnitzler, zum Senatspräsidenten am Kammergericht bestellt worden. — Der Kreistag des Kreises Heinsberg (Rheinland) wählte zum Landrat, den bisherigen kommissarischen Landrat, Regierungsassessor Classen. — Kreisdeputierte wurden die Herren Freiherr von Lenkam und Dr. Ing. Boos.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(64. Fortsetzung.)

„Ich mein', du könntest es noch verspüren, wozu dir dein Auffein verhelfen möcht',“ bemerkte roh der außen.

„Anton, ich bitt' dich, sei ruhig, sei nur du ruhig,“ sagte das Weib in der Stube, dann zeigte es sich an dem Fenster, es war ein altes Mütterchen, das ängstlich nach der Hand des Davorstehenden griff. „Der Urban will uns wohl nur Angst einjagen, gelt ja!“

„Dir will ich nichts, Alte, scher' dich fort. Everl, komm' her!“ Der ungeschlachte Mensch rief das mit leiser Stimme, fast zärtlich, als ihm aber nicht alsbald Folge geleistet wurde, sagte er heftig: „Ich rate dir gut, Everl, komm' her!“

„Geß' nicht,“ schrie innen aufgeregt die männliche Stimme, „geh' nicht, mag werden, was da will! Es wird doch noch Recht auf der Welt zu finden sein, es wird sich doch für den auch noch ein Oberer finden! Wir wollen in Ruh' bleiben. Großmutter, du gehst morgen nach dem Gendarmeriekommando!“

„Da soll sie nur hingehen, einsperren könnt ihr mich schon lassen, aber auf ewig wird es nicht sein, und wenn ich wieder loskomm', ist mein erster Gang da her und da will ich so hausen, daß kein Mensch mehr erkennen soll, was einmal auf dem Fleck gestanden.“

„Ich geh' ja nicht,“ sagte besänftigend das Mütterchen, „ich geh' ja nicht hin. Ich weiß schon, daß dir dein Respekt gebührt und sich niemand einzumischen hat. Du bist halt stark, so viel stark, daß du dich manchmal vor lauter Stärke nicht ausweißt, was du anfangen sollst! Ja, ja, man kennt noch keinen, der dir was verwehren möcht', aber warum willst du es gerade auf uns absehen? Wir haben dir doch nie einen Anlaß gegeben. Schau', Leutenberger, da sind andere, die dir immer übel gewollt haben, denen tu' etwas an, das kann dir doch selber mehr anliegen.“

„Halt' das Maul,“ sagte der Leutenberger, „ich versteh' dich schon, aber auf Schmeicheln und Hetzen hör' ich nicht; zum letzten Mal jetzt im Guten, Everl, komm' her!“

Da zeigte sich etwas Weißes im Fenster und ein feines Stimmchen sagte trotzig: „Was willst du mir denn? Was kannst du mir denn wollen?“

Der Leutenberger aber griff mit beiden Armen zu und hob das Weiße, leicht wie eine Feder, heraus und setzte es neben sich auf die Bank.

Florian sah mit Erstaunen ein Kind, ein völliges Kind vor sich, ein Mädchen von etwa dreizehn Jahren, mit verweinten Augen barfuß im Hemd und Unterröckchen. Es war allerdings ein hübsches Kind mit reichen blonden Flechten um das milchweiße Gesichtchen, in welchem, seltener Weise, tiefschwarze Augen brannten.

„Steh' Gott mir armen Weibe bei, daß ich nicht irr' werd' an ihm!“ rief mit bebenden Mundwinkeln das alte Mütterchen. „Ein Enkelkind hast du mir blutrünstig geschlagen, willst du mir jetzt noch das andere gar zugrunde richten?! Oh, du elender Leutschinder und Kinderverderber, daß du doch die nächste Sonn' nimmer sehen möchtest!“

„Schimpf dich nur aus, Alte,“ lachte Urban, „später reden wir uns dann leichter.“ Er wandte sich zu dem Kinde. „Was ich dir will, meinst du? Was werd ich wollen? Dich herzen, weil du mein kleiner Schatz bist.“

„Ich will dein Schatz nicht sein.“

„Oho, warum denn gerade du nicht? Da sitzen noch andere Dirndeln in der letzten Klass' neben dir auf der Schulbank, die mir freundlich waren, frag' nur nach, die sind stolz darauf, daß ich mich mit ihnen abgegeben hab', denn weißt', Everl, ich bin der Stärkste im Land.“

Das Kind lachte gehässig auf. „Meinen Bruder, den Toni, zu schlagen, der nicht fünf Jahr' älter ist, dazu hat wohl der Stärkste im Land herumsitzen?! Oh, wär' der Bub' nur nicht halbwüchsig gewesen!“

„Hätt' er sich nicht eingemischt zwischen uns, so wär' es ihm nicht übel ergangen; daß ich aber mit ganz anderen fertig zu werden verstehe, das kannst du morgen mit ansehen, da ist einer heute ins Ort gekommen, der es mit mir aufnehmen will.“

„Gekommen ist einer?“ fragte das Mädchen. „Er ist also schon da, — er ist schon da!“ Sie drückte beide Arme vor Freude an sich.

„Wer? Kennst du ihn denn!“ fragte erstaunt der Leutenberger.

„Seit du mich nicht in Ruhe läßt,“ sagte das Kind mit scharfer Stimme, „habe ich tagtäglich zu Gott gebetet, er möchte einen starken Engel vom Himmel schicken, der dich klein,“ — die schwachen Fäuste ballten sich, — „ganz klein macht! Und der ist nun da!“

„Nun, ein Engel ist es just nicht,“ lachte Urban, „es ist nur ein Müllerssohn von Langendorf, und was das Kleinmachen anlangt, so denk' wohl ich das zu treffen.“

„O nein!“ schrie heftig das Mädchen.

„O ja. Hinlegen will ich ihn dir, daß du selbst deine Freude daran haben wirst.“

„Hinlegen, du ihn,“ kreischte außer sich die Kleine auf. „Sieh', so und so wird er es mit dir machen!“ sie schlug den Leutenberger rasch ein paar Mal mit den geballten Fäusten in das Gesicht.

„Ho,“ rief der, „so gefällst du mir, komm' mit!“ Er schlug das Röckchen dem Mädchen über die Füße, preßte dessen Arme an sich und trug es wie ein Wickelkind hinweg.

Das Kind schrie jammernd auf.

Da fühlte sich der Leutenberger am Arme ergriffen. Florian stand vor ihm und sagte: „Setz' das Kind nieder! Also, so ein Kriminalkerl bist du? Setz' das Kind nieder, sag' ich!“

Der Leutenberger hatte nicht die Absicht, das zu tun, aber unter dem immer stärker werdenden Drucke mußte er sich unwillkürlich beugen, das Kind kam auf die Erde zu stehen und er ließ es los. Vor Wut stammelnd, sagte er: „Dich hat auch dein Unglück hinter mir her getrieben!“

„Mach' Schulkinder fürchten,“ sagte Florian und schritt, ihn im Auge behaltend, gegen den kleinen Wiesenfleck vor, der sich vor der Tannenlichtung befand.

Der Leutenberger folgte ihm mit raschen Schritten. „Dafür sollst du jetzt einen Gedenkzettel für all' dein Lebtag abkriegen,“ sagte er und warf sich auf ihn.

Das Mädchen drückte sich an die nach dieser Seite hin kahle Mauer des Häuschens und sah mit furchtsamen Augen und gefalteten Händen nach den beiden Männern.

Der Kampf war ohne Uebereinkommen aufgenommen und wurde auch ohne alle Regeln geführt, in der ersten blinden Erbitterung hielten sich die beiden Gegner vollkommen die Wage, aber das brachte eben den Leutenberger zu sich, er wehrte ab und wartete zu, plötzlich ersah er seinen Vorteil, warf seinen Widerpart zur Erde, blitzschnell sprang er hinzu, wie ein wildes Tier, trat ihn mit Füßen, warf sich über ihn und schlug ihn, war eben so rasch wieder auf den Beinen, um ihn aufs neue zu treten, und über ihm, um ihn zu schlagen.

Das Mädchen war herbeigerannt und umkreiste ratlos, weinend und schreiend den auf der Erde liegenden Mißhandelten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0002

Das Saarland ohne Vertretung im Reichstag. Der Bevölkerung des Saargebietes war es am 6. Juni zum ersten Male seit Bestehen des deutschen Parlaments nicht vergönnt, an den Wahlen teilzunehmen. Die Sieger verkündeten auch für das Saargebiet Freiheit und Selbstbestimmung und brachten hier wie überall in Wahrheit Bedrückung auf allen Gebieten. Infolgedessen wird das Saarland im ersten Reichstag der deutschen Republik nicht vertreten sein. Keiner der ehemaligen Abgeordneten konnte infolge der unglücklichen Plazierung auf den Wahlvorschlägen gewählt werden. Das Saargebiet ist damit gegenüber den anderen vom Reiche abgetrennten Gebieten, die im Reichstag eine Vertretung haben, sehr im Nachteil.

Ein französischer Rechtsbruch. Nach einer Mitteilung der französischen Grubenverwaltung ist diese gesonnen, den Saarbrücker Knappschaftsverein vom Deutschen Reiche abzutrennen. Die Bergarbeiter sind mit dieser Trennung nicht einverstanden. Das Vorgehen der französischen Bergverwaltung bzw. der französischen Regierung stellt einen Bruch des Friedensvertrages dar, der den Arbeitern im Saargebiet alle ihre Rechte und sozialen Einrichtungen in der bisher bestehenden Form weiter gewährleistet.

Persien und der Völkerbund.

Keine Intervention.

Wie schon bekannt, hatte sich Persien hilfesuchend gegen russische Einfälle in sein Gebiet an den Völkerbund gewendet. Der Rat des Völkerbundes hielt nun am Mittwoch in London eine öffentliche Sitzung ab, in deren Verlauf Lord Curzon den zwischen Persien und Sowjetrußland geführten Gedankenaustausch zur Kenntnis brachte. Dann teilte Lord Curzon mit, daß der Rat Persien, das den richtigen Weg eingeschlagen habe, indem es direkte Verhandlungen mit den Sowjets anknüpfte, seine Sympathie zum Ausdruck brachte. Der Rat hat beschlossen, das Ergebnis dieses Notenaustausches zwischen Persien und den Sowjets abzuwarten. Schon während der Besprechungen der letzten beiden Tage hatte er die Ansicht ausgesprochen, daß, da Persien direkt mit den Sowjets verkehre, vorderhand kein Anlaß zu einer Intervention vorliege.

Zur Bekämpfung des russischen Einbruches in Persien sind bedeutende Verstärkungen englischer Truppen aus Indien unterwegs. Auf jeden Fall soll den Bolschewisten der Weg nach Teheran verlegt werden.

*

Amsterdam, 17. Juni. Wie das Algemeen Handelsblad aus London meldet, soll Krassin nach der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates der englischen Regierung bestimmt versichert haben, die bolschewistischen Truppen würden aus Persien zurückgezogen werden.

Rußlands Orientpolitik.

Paris, 16. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Teheran hat die Sowjetregierung auf die Note der persischen Regierung mit einer Erklärung geantwortet. Die Unternehmung, die die Sowjetregierung eingeleitet habe, richte sich nicht gegen die Unabhängigkeit Persiens, jedoch sei es notwendig gewesen, die russische Schiffahrt im Kaspischen Meer zu schützen. Die Sowjetregierung verpflichte sich, Enzeli an dem Tage zu verlassen, an dem die Unabhängigkeit Persiens sichergestellt sei und Persien nicht mehr unter fremder Beeinflussung stehe.

Die Polen melden, daß sie nun wieder die Beresinalinie beherrschen und an der Prypetmündung stehen. In der Ukraine sind sie noch immer „im Begriff", ihre Streitkräfte „umzugruppieren".

Im Haager Friedenspalast eröffnete der Ausschuß internationaler Juristen eine Tagung. Er will den Entwurf für einen ständigen internationalen Justizhof ausarbeiten.

Verhaftung belgischer Industrieller.

Brüssel, 16. Juni. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Gestern wurde in Namur eine Anzahl Industrieller verhaftet, die mit den Deutschen Handel getrieben haben sollen. Unter den Verhafteten befinden sich drei Direktoren von Bergwerken, verschiedene Aufsichtsräte von Gesellschaften, darunter der Direktor der Wasserleitung Prouven-Keyser, der gleichzeitig holländischer Vizekonsul ist, ferner der italienische Vizekonsul und der Vorsitzende der Handelskammer.

Das Kabinett Giolitti.

Rom, 16. Juni. (TU.) Das Kabinett Giolitti hat sich endgültig konstituiert und hat heute vor dem König den Eid geleistet. Die neue Ministerliste deckt sich im wesentlichen mit der bereits gestern gemeldeten. Das neue Kabinett umfaßt außer Giolitti drei Radikale, drei liberale Demokraten, einen Liberalen, zwei Katholiken, einen Reformsozialisten, einen unabhängigen Sozialisten und drei parteilose Senatoren. Der bekannte Philosoph Benedetto Croce-Neapel ist zum Unterrichtsminister ernannt worden. Damit ist das Kabinett endgültig zusammengestellt.

Die deutsch-finnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die vor einigen Wochen in Berlin zwischen der deutschen und der finnischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen zwecks Abschlusses eines neuen Wirtschaftsabkommens sind, wie die „Vossische Zeitung" erfährt, vorläufig unterbrochen worden. Von einem Abbruch der Verhandlungen könne keine Rede sein. Die finnischen Regierungsvertreter sind nach Finnland zurückgekehrt, um sich neue Instruktionen zu holen. Auch die Zuspitzung des schwedisch-finnischen Konfliktes habe Minister Jännes den Wunsch nahegelegt, nach Hause zurückzukehren.

Die Reichsschulkonferenz.

Nachdem am Montag, dem vierten Sitzungstage der Reichsschulkonferenz, die Erörterungen über das wichtige Thema der Lehrerbildung beendet worden sind, tritt in den Verhandlungen der Volkskonferenz eine zweitägige Pause ein. Der Dienstag und der Mittwoch sind den Arbeiten der Ausschüsse vorbehalten, deren nicht weniger als 18 vorgesehen sind. Die Ausschüsse, die das Ergebnis der Verhandlungen auf den einzelnen Gebieten der zur Erörterung stehenden Themen zu verarbeiten und damit eine umfangreiche Tätigkeit zu bewältigen haben, werden dann dem Plenum der Konferenz ihre Berichte vorlegen. Für diese Berichterstattung, an die sich nach den vorgesehenen Dispositionen eine Aussprache nicht anschließen soll, sind die letzten drei Sitzungstage der Reichsschulkonferenz bestimmt. Auf die Berichterstattung der Ausschüsse wird dann die Abstimmung über die einzelnen Punkte folgen.

Die Verhandlungen im Plenum hatten bisher eine ziemliche Niederlage der Rückschrittler ergeben. Sie versuchten nun in den Ausschüssen mit größerem Erfolg ihre Absichten zu vertreten. Da eine feste Fraktionsbildung auf der Reichsschulkonferenz — man darf wohl sagen, leider — nicht stattgefunden hatte, so war die Zusammensetzung der Ausschüsse mehr oder minder dem Spiel des Zufalls anheimgegeben. Namentlich in dem zweiten Ausschuß, der sich mit der grundlegenden Frage des Schulaufbaus beschäftigte, wurde unter diesen Umständen an positiver Arbeit nicht viel geleistet. Man bildete sich zuletzt dort ein, in der 3—4jährigen Grundschule die berühmte sogenannte „mittlere Linie" gefunden zu haben, und glaubte, eine gewisse „Einmütigkeit in der Zielsetzung" von Binder (als dem Vertreter des Philologenverbandes) bis zu Oesterreich gefunden zu haben.

Besser lagen die Verhältnisse im fünften Ausschuß, der die Frage der Arbeitsschule behandelte. Dessen zustande gekommenen Leitsätze atmen ein freudiges Bekenntnis zum neuen Geist in der Erziehung.

Der zweite Tag der Ausschußberatungen hat im Schulaufbauausschuß dann die erwünschte Klärung gebracht. Es zeigte sich auch hier wie im Plenum, daß in dem großen Ringen zwischen den Bildungsidealen zweier Zeiten die entscheidende Werbekraft schon jetzt bei den Vertretern des neuen Ideals liegt. Selbst in diesem reaktionärsten aller Ausschüsse hat sich auf Grund der tiefergehenden Aussprachen eine alle Erwartungen überteilende Zahl von Teilnehmern zu den Verfechtern dieses neuen Ideals geschlagen.

Die neugestaltete Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Von Friedrich Kleeis.

Zu den wichtigeren sozialpolitischen Errungenschaften der neuen Zeit gehört die Mutterschaftsfürsorge. Durch eine ganze Menge von Gesetzen und Verordnungen ist sie ständig weiter gebildet worden. Das Gesetz vom 26. September 1919 faßte alle die Bestimmungen einheitlich zusammen. Da es aber sonst grobe Mängel enthielt, mußte es neu formuliert werden. Das ist nun jetzt geschehen; die Nationalversammlung hat ein neues Gesetz beschlossen, das jetzt erschienen ist und das Datum vom 30. April 1920 trägt. Es bringt wieder ansehnliche Verbesserungen.

Die Leistungen bleiben allerdings im allgemeinen dieselben. Es wird ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung von 50 Mk. gewährt. Auch das Wochengeld bleibt in der Höhe des Krankengeldes, jedoch muß es mindestens 1,50 Mk. betragen und wird auch Sonn- und Feiertags gewährt werden, vier in die Zeit vor und sechs in die Zeit nach der Entbindung fallen müssen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist mit dem Tage der Entbindung fällig. Die Beihilfe für die Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden bleibt dieselbe, nämlich bis zu 25 Mk., auch das Stillgeld bleibt auf den Betrag des halben Krankengeldes, mindestens aber 75 Pfg. täglich und auf die Dauer von zwölf Wochen beschränkt. Durch die Satzung einer Krankenkasse kann das Wochengeld auch höher wie das Krankengeld und zwar bis zu drei Vierteln des Grundlohnes bemessen werden. Wechselt eine Wöchnerin während der Zeit der Fürsorge die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig. Stirbt eine Wöchnerin, so werden noch fällige Bezüge an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Der Kreis der Anspruchberechtigten bleibt auch im allgemeinen derselbe. Er besteht aus 1. den selbst bei einer Krankenkasse versicherten Wöchnerinnen, 2. den Familienangehörigen von Krankenkassenmitgliedern (Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter, die mit in der häuslichen Gemeinschaft leben) und 3. den „minderbemittelten" Wöchnerinnen. Eine Beschränkung tritt insofern ein, als Familienangehörige nur Anspruch haben, wenn die Versicherten im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit, wenn auch bei verschiedenen Kassen, versichert waren. Es sind dies dieselben Voraussetzungen, die auch die selbst versicherten Wöchnerinnen erfüllen müssen. Es ist somit nur eine gewisse Gleichmäßigkeit eingeführt worden. Eine selbstversicherte Familienangehörige hat nur auf Grund ihrer eigenen Mitgliedschaft Anspruch. Eine Tochter, deren Vater und Mutter verschiedenen Kassen angehören, kann selbst wählen, welche Kasse sie in Anspruch nimmt. Die Familienangehörigen erhalten die oben angegebenen Mindestbezüge, die Satzungen der Krankenkassen können sie aber erhöhen. Die Bestimmungen darüber, wer als „minderbemittelt" gilt, sind verbessert worden. Minderbemittelt ist eine Wöchnerin nunmehr, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen, oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen, in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 4000 Mk. nicht übersteigen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 Mk. Als „Minderbemittelt" kommt auch nur in Frage, wer nicht auf Grund eigener Versicherung oder als Familienangehöriger Ansprüche besitzt; die Minderbemittelten erhalten die oben angegebenen Mindestleistungen. In der Landwirtschaft beschäftigte Personen und Dienstboten, die von der Krankenversicherung befreit sind, haben die Wochenhilfe von ihrem Arbeitgeber zu verlangen, der sie aus eigenen Mitteln leisten muß.

Einen großen Fortschritt bringt das neueste Gesetz damit, daß es nunmehr klar bestimmt, daß die Leistungen an uneheliche Wöchnerinnen nicht von den Kindesvätern zurückgefordert werden können. Damit ist in dem jahrzehntelangen Streit darüber, ob und in welchem Umfange die unehelichen Väter verpflichtet sind, den Krankenkassen Ersatz für Wochenfürsorge zu gewähren, endlich beseitigt. Die unehelichen Wöchnerinnen haben nunmehr doppelte Ansprüche: nämlich an die Krankenkasse, wenn sie zu dem Kreise der Bezugsberechtigten gehören, und an den unehelichen Vater. Bei der immer noch gegebenen Beschränktheit beider Bezüge sind sie den Wöchnerinnen nur zu gönnen.

Die geschichtliche Entwicklung der sozialdemokratischen Partei bis 1914.

II.

In der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", die am 7. August 1869 in Eisenach gegründet wurde, vereinigten sich ehemalige Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die mit dem diktatorischen Vorgehen Schweitzers nicht einverstanden waren. Wesentliche Unterschiede zwischen Lassalleanern und Eisenachern bestanden jedoch nicht, was sich schon in den Programmen beider Parteien ausdrückte.

In der Mitte der 60er Jahre entstand in Deutschland auch eine gewerkschaftliche Bewegung, die, von England ausgehend, sich bald über Belgien, die Schweiz und Frankreich fortpflanzte. Die Internationale empfahl den Arbeitern, sich zusammenzuschließen und überall Gewerkschaften zu gründen.

Der Deutsch-Französische Krieg wurde in Deutschland als eine Abwehr gegen bonapartistische Angriffe angesehen. Im norddeutschen Reichstag fand die geforderte Kriegsanleihe Zustimmung von den Vertretern der Lassalleanern, während sich Bebel und Liebknecht der Abstimmung enthielten. Nach der Gefangennahme Napoleons forderten alle Sozialisten im norddeutschen Reichstag sofortigen Abbruch des Krieges und proteistierten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Karl Marx hatte in seinen Briefen damals die unheilvolle Annexion scharf bekämpft, und das ganze Unheil, welches daraus entsprang, bereits haarscharf vorausgesagt. Die nationalistische Welle, die nach dem „erfolgreichen" Kriege über Deutschland ging, war so hoch, daß zum ersten konstituierenden Reichstag, wie schon bemerkt, nur ein Sozialdemokrat in Bebel gewählt wurde. Die gesamte Bewegung lag zu jener Zeit tief darnieder.

Auf der 10. Generalversammlung des „Allg. Deutschen Arbeitervereins" am 25. Mai 1871 erfolgte die Wahl Wilhelm Hasenclevers an Stelle des bisherigen Präsidenten Schweitzer. Er behielt das Amt bis zur Einigung auf dem Kongreß in Gotha. Das Organ des Vereins „Der Sozialdemokrat" war im April 1871 eingegangen und an seine Stelle der von Hasenclever gegründete „Neue Sozialdemokrat" getreten.

Die „Gründerperiode" der 70er Jahre brachte zugleich eine Stärkung der Gewerk- und Streikvereine, die zum Teil bedeutende Erfolge in der Lohnverbesserung errangen. Da es aber an festen Organisationen, die den ganzen Beruf umfaßten, noch fehlte, so wurde das im Sturm genommene gar bald wieder verloren. Bismarck sah in dem Erstarken der Arbeitervereine eine große Gefahr heranwachsen, zumal die Reichstagswahlen von 1874 den Sozialisten einen gewaltigen Aufschwung brachten und im ganzen 351 061 Stimmen für Lassalleaner und Eisenacher abgegeben wurden. 3 Lassalleaner und 5 Eisenacher wurden Mitglieder des Reichstages.

Die Aera Tessendorf brach jetzt an. Bismarck hatte diesen Staatsanwalt rufen lassen, um mit seiner Hilfe der verhaßten Arbeiterbewegung das Lebenslicht auszublasen. Es wurden nicht nur die schwersten Bestrafungen über einzelne Mitglieder der Sozialdemokratie verhängt. Die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands", in der sich auf dem Kongreß in Gotha 1875 die beiden bisherigen sozialistischen Parteien zusammengefunden, wurde wenige Wochen nach Ablehnung der Strafverschärfungsvorlage im Reichstage durch Tessendorf aufgelöst. Doch diese fortgesetzten Willkürakte konnten das Anwachsen der Bewegung nicht aufhalten. Bei den Wahlen am 10. Jan. 1877 wurden bereits 486 843 sozialistische Stimmen gemustert und die Zahl der Sozialdemokraten im Reichstage stieg von 9 auf 12 Abgeordnete.

Die Schüsse von Hödeling, die Kaiser Wilhelm verwundeten, gaben Bismarck die willkommene Handhabe, um den letzten vernichtenden Schlag gegen die verhaßte Sozialdemokratie zu führen. Der Reichstag wurde aufgelöst und eine Hetzkampagne auf sozialdemokratische Agitatoren eingeleitet, die in der deutschen Geschichte immer ein trauriges Blatt für die damaligen Gewalthaber bedeuten wird. Zahlreiche Ausweisungen erfolgten und es wurde dabei keine Rücksicht auf die Familie des Ausgewiesenen genommen. Doch mit der Landesverweisung erreichte man nur, daß die Agitatoren in anderen Orten, wo sie sich niederließen, um so intensiver für die Sozialdemokratie wirkten. Die Wahlen im Jahre 1890 zeugten, daß das Sozialistengesetz für die Erstarkung der sozialistischen Bewegung außerordentlich förderlich war. Die Ausnahmebestimmungen hatten vielen Arbeitern die Augen geöffnet. So konnten am Ende der Unterdrückungsära 1 427 000 Stimmen gezählt werden.

1891 gab sich die Partei ein neues Programm: Das Erfurter Parteiprogramm, dessen Vater Karl Kautsky der entschiedenste Vertreter des Marxismus war. Das Programm ist ganz im Geiste Marx gehalten und gibt die geschichtliche Begründung der sozialistischen Entwicklung. Die Neuzeit hat aber gezeigt, daß das Erfurter Programm doch in vielen Punkten die kapitalistische Entwicklung zu einseitig auffaßte. Die Kritik des Programms in der Partei selbst ging auch weniger auf die grundsätzliche Haltung, als auf das Tempo der Entwicklung ein. Die revisionistische Richtung, die den Zweck verfolgte: arbeiten auf dem Boden des gegebenen, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Der Radikalismus unter Führung von Bebel behielt die Oberhand. Marx und Engels hatten die Entwicklung richtig eingeschätzt, aber im Tempo hatten sie sich geirrt. Mit der Ausdehnung der Partei stieg auch das Interesse an den einzelnen Problemen der Politik. Die Agrarfrage wurde besonders brennend, doch konnte der Breslauer Entwurf niemand befriedigen. Bildungsfragen, Wahlrecht, Frauenbewegung, Kulturfragen, Steuerpolitik, Militärforderungen, politischer Massenstreiks, das alles waren bedeutungsvolle Themen mit denen sich die junge Bewegung auseinanderzusetzen hatte. Die Tätigkeit in Parlament war jedoch weniger auf die Mitarbeit als auf Kritik eingestellt. Die praktische Arbeit in den Gewerkschaften aber schuf einen ganzen Stamm tüchtiger Verwaltungsbeamten und hat im Verein mit der intensiven Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Partei ermöglicht, daß sich die Revolution von 1918 in so organischer Form vollziehen konnte. Nicht zuletzt trug dazu bei, daß seit der Agitation Lassalles die Arbeiter über den Wert des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den Befreiungskampf aufgeklärt wurden.

Literatur.

„Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz", von Rudolf Wissell. Preis 2,50 Mk. Von all den vielen in letzter Zeit erlassenen Steuergesetzen, ist das Reichseinkommensteuergesetz für die breite Masse der Bevölkerung das wichtigste. Seine einschneidenden Wirkungen werden sich allen Arbeitnehmern am 25. Juni d. J. zum ersten Male fühlbar machen, von welchem Tage an die 10prozentige Steuerabzugspflicht vom Lohn oder Gehalt der Arbeiter und Angestellten in Kraft tritt. Auch der Natural- oder Geldlohn der Hausangestellten unterliegt dieser Bestimmung. In Kürze wird dann die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer folgen. Sonach erlangen die Fragen über die Handhabung der Steuerkarten, über richtige Einschätzung, versteuerbares und steuerfreies Einkommen, über abzugsfähige und nicht abzieh bare Beträge für jeden Einkommensteuerpflichtigen und seinen Arbeitgeber höchste materielle Bedeutung. Ueber all diese wichtigen Bestimmungen des Gesetzes gibt Wissell in seinem gemeinverständlich geschriebenen Büchlein zuverlässige Aufklärung, weshalb es jedem Steuerpflichtigen im eigenen Interesse wärmstens empfohlen sei.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 11. Heft vom 2. Band des 38 Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Balutastand und Preisabbau. Von Heinrich Cunow. — Der französische Nationalsozialismus. Von Alfred Rossig. — Die „Weisheitsschule". Neue Irrwege des deutschen Gedankens. Von Elias Hurwicz. — Die Regelung der Nacht- und Sonntagsruhe in der deutschen Binnenschiffahrt. Von Karl Seidel. — Philosophiegeschichtliches. Zugleich eine Antwort an Professor Ferdinand Jakob Schmidt. Von Karl Vorländer. — Literarische Rundschau: Georg Haberland, Wie kommen wir aus der Wohnungsnot heraus? Jakob Bod, Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. Von Max Sax. — Notizen: Die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen im gesetzlichen Rahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0003

Alle Leistungen werden nach wie vor von den zuständigen Krankenkassen gewährt. Die „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, die also keine Beziehungen zu einer Krankenkasse haben, müssen sich an die Allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohnortes wenden. Die Kassen haben die Fürsorge für selbstversicherte Wöchnerinnen voll aus eigenen Mitteln zu leisten. Für Familienangehörige von Versicherten werden ihnen die Aufwendungen zum Teil, für Minderbemittelte ganz ersetzt. Das Gesetz ist mit dem 7. Mai 1920 in Kraft getreten. Wer bis dahin auf Grund des alten Gesetzes Ansprüche hatte, behält diese weiter, sofern sie günstiger sind.

Gewerkschaftliches.

Massenflucht der Postbeamten und Telegraphenarbeiter aus den sogenannten neutralen Verbänden.

Hierzu wird uns vom Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband, geschrieben:

Lange hat es allerdings gedauert, bis endlich auch die Postbeamten begriffen haben, daß die sog. neutralen Beamtenverbände alles andere darstellen, als die Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Die letzte Besoldungsreform, nach der bekanntlich ein im Dienst ergrauter Postbeamter ein geringeres Einkommen erhält als ein kurze Zeit beschäftigter Posthelfer, hat auch dem letzten Beamten die Augen über die besagten Verbände geöffnet. Wir waren daher nicht besonders erstaunt, als in den letzten Tagen in vielen Städten die Postbeamten zu unserer Organisation kamen und uns ersuchten, hier einzugreifen. Die von uns einberufenen Versammlungen zeigten nicht nur die Opposition, die bei den Postbeamten vorhanden ist, sondern auch schreckliche Bilder von der Notlage und dem Elend, in der sich die Postbeamten infolge der niedrigen Löhne befinden.

In den Versammlungen, die nunmehr im ganzen Industriebezirk stattfanden, kam allgemein zum Ausdruck, daß jedes Hoffen auf eine Umgestaltung der Beamtenverbände auf moderner gewerkschaftlicher Grundlage vergebens ist. Im Gegenteil hat der letzte Vertretertag in Berlin auch den bisher einigermaßen fortschrittlich gesinnten Vorstand gestürzt und eine dementsprechende Umgestaltung vorgenommen. Kein Wunder bei der Tatsache, daß von ungefähr 100 Vertretern die höheren Beamten etwa 80 Sitze haben. Daß dabei die unteren Beamten mit ihren Forderungen recht wenig Verständnis finden, ist allzu begreiflich. In den Versammlungen stieß daher der Antrag, in dem Beamtenbund weiter zu verbleiben, auf heftigste Opposition.

Die Bewegung, die nunmehr eingesetzt hat, dürfte dazu führen, daß bei den nächsten Verhandlungen der Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Mitgliedschaft im D. T. A. V. schon als Verhandlungskontrahent hinzugezogen wird.

Neben den Postbeamten sind es auch die Telegraphenarbeiter, die sich bisher von den freien Organisationen ferngehalten haben. Sie gehörten im Industriegebiet vorwiegend dem Bochumer Verein an, der sich auch neutral nennt, in Wirklichkeit aber heute rechts und morgen links steht, wie es eben der Stimmung nach notwendig erscheint. Der Verband mit seinen 4000 Mitgliedern ist naturgemäß alles andere als eine gewerkschaftliche Organisation, schon aus der Tatsache heraus, daß es ihm nicht möglich ist, Streikunterstützungen zu zahlen. Seine Tätigkeit wird auch bei den Telegraphenarbeitern entsprechend bewertet. Aus allen Städten des Industriegebietes kommt die Mitteilung, daß die Telegraphenarbeiter auf den Anschluß an unsere Organisation drängen; überwiegend wollen die Kollegen zwar abwarten, um einen gemeinsamen Uebertritt herbeizuführen. Dieses Abwarten ist jedoch in keiner Weise begründet, da wahrscheinlich ein gemeinsamer Uebertritt überhaupt nicht erfolgen kann und die Geister sich auch hier scheiden und Teile der christlichen Organisation sich anschließen werden. Das haben die Essener Telegraphenarbeiter auch eingesehen und in der letzten Versammlung einstimmig den sofortigen Uebertritt zu unserer Organisation beschlossen. Von den 160 Telegraphenarbeitern haben bereits 135 ihre Mitgliedsbücher abgegeben. Der Anfang ist nunmehr auch bei den Telegraphenarbeitern gemacht. Der Bochumer Verein hat sein Zeitliches gesegnet.

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Sektion des D. T. A. V., wird daher in den nächsten Tagen erheblich an Stärke gewinnen und eine freie Postgewerkschaft Deutschlands wird recht bald die übergroße Mehrzahl des Post- und Telegraphenpersonals als Mitglieder verzeichnen.

Den Postbeamten und den Telegraphenarbeitern ganz Deutschlands, im besonderen des Industriebezirks, rufen wir zu: Folgt dem Beispiel der Essener Kollegen, dann haben Eure Hoffnungen auf Besserung der wirtschaftlichen Lage auch einen Sinn, andernfalls wartet Ihr bis zum St. Nimmerleinstag.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung

Vom Montag, den 21., bis Sonnabend, den 26. Juni, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken gegen Vorlage des Lebensmittelscheines neue Kartoffelmarken mit den Nummern 49—64 ausgegeben. Haushalte, die seit dem 1. April einen Wohnungswechsel vorgenommen haben, erhalten die Kartoffelkarten in der Ausgabestelle, in deren Gebiet sie vor dem 1. April gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelkarten (zur Berichtigung der Kontrollkarte) anzugeben.

Es erhält jede im Lebensmittelschein eingetragene Person, mit Ausnahme der Kinder im ersten Lebensjahre (die Altereintragung im Lebensmittelschein ist maßgebend) eine Kartoffelkarte.

Wer widerrechtlich Kartoffelkarten in Anspruch nimmt, wird gemäß § 18 der Verordnung vom 18. Juli 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die auf Grund widerrechtlich benutzter Karten bezogenen Kartoffeln können nach § 17 der genannten Verordnung jederzeit ohne Entschädigung für verfallen erklärt werden.

Halle, den 18. Juni 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

100 Gramm Butter! In der Woche vom 21.—27. Juni werden auf den Abschnitt 28 der roten Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Butter zum Preise von 3.10 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag den 28. Juni, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Bratfett in der Talamtschule am Sonnabend, den 19. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 2001 bis 5000 vormittags von 8—1 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushalts ½ Pfund zum Preise von 9 Mk. für das ½ Pfund abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 21.—27. Juni gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 29. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen.

Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 21.—27. Juni auf den Abschnitt 41 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 29. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Trockenei (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Sonnabend, den 19. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 2001 bis 5000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushalts werden 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Weißenfels

Betr. städtische Säuglings-Fürsorgestelle.

Die unter Leitung des Stadtarztes stehende städtische Säuglingsfürsorgestelle, Kleine Deichstraße 4, erteilt Mittwochs von 4 bis 6 Uhr ärztliche Auskunft über Gewicht, Ernährung der Säuglinge, Kinderpflege.

Mit Rücksicht auf die heiße Jahreszeit wird die Bevölkerung besonders auf diese Wohlfahrtseinrichtung hingewiesen.

In der Fürsorgestelle können auch die Hitzemerkblätter entnommen werden.

Weißenfels, 16. Juni 1920.

Der Magistrat.

Kohlenanmeldung für gewerbliche Verbraucher mit einem monatlichen Verbrauch von mehr als 10 Tonnen.

Wir ersuchen die gewerblichen Verbraucher mit einem monatlichen Verbrauch von mehr als 10 Tonnen, ihren Kohlenbedarf auf Grund der Bekanntmachung des Reichskomissars für die Kohlenverteilung vom 6. Juni 1920 im Reichsanzeiger vom 12. Juni 1920 auf den in der Ortskohlenstelle erhältlichen Meldekarten (Preis 50 Pfennige) bis spätestens 5. Juli zu melden. Wer die Meldung unterläßt oder nicht rechtzeitig erstattet, hat damit zu rechnen, daß er keine Kohle erhält, außerdem erfolgt Bestrafung auf Grund vorstehender Bekanntmachung.

Die Meldekarten müssen bis 30. ds. Ms. abgeholt sein. Die überzählige Formulare am 1. Juli zurückgegeben werden.

Weißenfels, den 17. Juni 1920.

Der Magistrat,
Ortskohlenstelle.

1. Buttermarke.

Von Sonnabend früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 1. Buttermarke Verkauf von Inlandsmargarine statt. Auf jede Marke werden

60 Gramm zu 1,65 Mk.

verabfolgt.

Ablieferungstag der Marken am Donnerstag, den 24. Juni 1920.

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge für die Woche vom 13. bis 20. Juni 1920 beträgt

100 Gramm zu 2.40 Mk.
Auf Kinderkarte die Hälfte.

Es haben nur Fleischmarken für die Woche vom 13. bis 20. Juni 1920 Gültigkeit.

Weißenfels, den 17. Juni 1920.

Der Magistrat.

Neuregelung des Butterverkaufs.

Der Einkauf auf die Butterkarte regelt sich ab heute wie folgt:

Schröter,	Nr.	1— 2000
Enke,	„	2001— 4000
Siptitz,	„	4001— 6000
Prüfe,	„	6001— 8000
Krause,	„	8001—10000
Schönfeld,	„	10001-12000
Hossack,	„	12001—14000
Petzold.	„	14001 -16000
Heinickes Nachf.,	„	160 1— 18000
Rausch,	„	18001—20000
Stauch,	„	20001—22000
Bornschein,	„	22001- 24000
Wittenbecher,	„	24001- 26000
Bierbaum,	„	260 1- 28000
Wenzel,	„	2800 —30000
Bolland.	„	30001—32000
Konsums-Verein.	„	32001—bis Schluß.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Nummernreihenfolge genau inne zu halten ist.

Weißenfels, den 17. Juni 1920.

Der Magistrat.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab, findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden

200 Gramm zum Preise von 1 Mark

abgegeben.

Hampe, Tagewerbenerstr. 33750—Schluß

Die Abholung hat bis zum 18. 6. mittags 12 Uhr, zu erfolgen.

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24.

2 brillante Sensationen!

Der Totentanz
Wirkungsvolles Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle **Sascha Gura** und **Werner Krauss.**

Die Heimtücke der Sioux-Indianer
Ueberfall auf den Zug der Pacificbahn. Aufregender amerikanischer Wild-Westfilm.

Beachten Sie die billigen Preise.
2. Platz 1,19 Mk., 1. Platz 1,70 Mk. einschl. Steuer.
Auch in den Abendvorstellungen.

Weiß Leinen
Die angenehmste Fußbekleidung für Kinder.
Neue Preise:

Größe 19—21	**34.—**	Größe 22—24	**43.—**
„ 25—26	**48.—**	„ 27—30	**84.—**
„ 31—35	**88.—**	„ 36—39	**120.—**

(Nur beste Fabrikate.)

Friedrich Oehlschläger,
nur Leipziger Str. 3.

Unterbringung städtischer Pflegekinder.

Wir haben einige Knaben im Alter von 13 bis 5 Jahren in Pflege und Erziehung unterzubringen und benötigen Pflegestellen.

Diejenigen, welche gewillt sind, Kinder in Pflege und Erziehung zu nehmen, wollen Meldungen unter Angabe der Ansprüche schriftlich an den Magistrat, Armenverwaltung, einreichen oder mündlich auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 7, anbringen.

Weißenfels, den 14. Juni 1920.

Der Magistrat, Armenverwaltung.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Billige emaillierte
Eimer
28 cm **25.50** und **28.50**
sowie
rein Alum.-Eßlöffel
Stück 2.50 empfiehlt
Max Belger,
Geiststrasse 59/60
Spezialgeschäft für Emaille- und Aluminium-Waren.

Tabak
beste Marken schimmelfrei erhält zu den billigsten Tagespreisen jeder **Raucher** in
Weissenfels a. S.,
Gr. Burgstr. 13—15.

Der Waschbär
flickt Ihre
zerbrochene Dauerwäsche
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe
Eingang Sternstraße.

O. Heimsath & Sohn
Schneidermeister, Steg 19
empfiehlt sich zu
allen vorkommenden Arbeiten.

Willkommen-Plakate
für freie
Sänger- Turner- Radfahrer- } **Vereine**
empfiehlt
Alb. Hentze,
24 Schmeerstr. 24.

Waschwannen
Badewannen
Brühfässer
in nur dauerhafter solider Handarbeit in großer Auswahl jetzt zu billigen Preisen wieder am Lager. 2197
Böttcherei
21 Schülershof 21
dicht am Marktplatz.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Dampf-Waschanstalt Hellona
Spezialität: Naß- u. Rollwäsche nach Gewicht.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 19. Juni, Anfg. 7 ½. Ende 10 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag nachm.:
Vor Sonnenaufgang.
Sonntag abend:
Lohengrin.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
„Die Erbtante“
Posse i. 3 Akt. v. H. Treller
Gastspiel von
Fritz-Turm-Silvare.
In den Hauptrollen:
Paul Beckers
und
Fritz Thurm-Silvare.

B. B.B.
Beth's Bunte Bühne
Neu! **Ab 16. ds. Mts.** Neu!
Chandoni, das telepatische Rätsel.
Otto Bergmann, Instrumentalist.
Der kleine Lausbub,
humoristische Vortragskünstlerin
sowie die anderen vorzüglichen Kräfte.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Halle.

Sonnabend, den 19. Juni, 7 Uhr abends, im Volkspark

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Betriebsratswahlen Referent: Kollege **Beilschmidt.** 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Kollegen! Diese wichtige Versammlung zu besuchen muß Ehrenpflicht jedes Kollegen sein. Gilt es doch am 6. Juli unseren Gegnern zu beweisen, was sie für ein kleines Häuflein sind, gegen die freigewerkschaftliche Eisenbahnerorganisation. Erscheint in Massen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 4.
Fernr. 6545.

Grudeöfen
in versch. Größen und Ausführungen, sowie Reparaturen
Aug. Domke
Grudeofenfabrik, Taubenstr. 9.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Fahrradmäntel
100 Mk.,
Schläuche
35 Mk.,
reine Friedensware, erstklassige Marken, in allen Größen.
H. Bieder, Halle a. S.
Gr. Steinstr. 35,
Nähe Walhalla, gegenüber den Kliniken.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Stellen finden
Geschirrführer
gesucht.
Abfuhrgeschäft Reilstr. 103.

Brauchst Du Schuhe?
Geh zu Lorenz!
Leipzigerstrasse 64.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0004
DFG

Partei-Angelegenheiten.

„Freier Sängerchor." Freitag abend Singestunde im Vereinslokal Zum Schulheiß, Merseburger Str. 10. Sangesbrüder, wir stehen vor größeren Veranstaltungen und es ist dringend notwendig, regelmäßig und pünktlich zu erscheinen und neue Mitglieder zu werben.

Der Vorstand.

Verein Arbeiterjugend. Freitag abend 7 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen in unserem Jugendheim, Kl. Berlin. Es findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, wo- zu Pflicht ist, daß jedes Mitglied pünktlich erscheint. Auch die älteren Mitglieder werden gebeten, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 18. Juni 1920.

An die Jugend.

Wenn die Natur im vollen Schmucke prangt, dann sind die Tage gekommen, in denen die Jugendherzen sich hinaussehnen in Feld und Wald, in Luft und Sonnenschein. In dumpfen Werkstätten in Fabriken und engen Geschäftsräumen bringt die Jugend des arbeitenden Volkes die Woche dahin. Wer wollte da von den Jugendlichen zurückstehen, wenn es heißt, eine Wanderfahrt mit Alters- und Arbeitsgenossen, Mädchen und Burschen, zu unternehmen, um für diesen Tag das Alltagsgedränge zu vergessen und den Sonntag in der schönen Natur zu verbringen. Jubelnd steigt die Lerche zum Himmelszelt und singt ein freies Lied; grüne Wiesen laden zum Ausruhn, zu Spiel und Tanz. Hier kann unser Auge und Herz die Wunder der Natur auf sich einwirken lassen. Wie hart und eindringlich spricht die Natur zu uns, Wirtshaus, Tanzböden oder andere leere Vergnügungen können uns diese Erholung nicht ersetzen, denn diese Stätten der falschen Freude verbilden den Menschen. Jugend, wach auf! Saget euern Klassengenossen, daß die zweifelhaften Vergnügungsfreuden nicht von sonderlichem Wert sind. Wer den Sonntag in der freien Natur zubrachte, wird sich in der kommenden Arbeitswoche frischer und wohler fühlen, als derjenige, der seine Erholung und Abwechslung auf dem Tanzboden suchte. Wir wollen die Jugend, nicht das Wirtshaus mit all seinen körperlichen Schädigungen durch den Alkohol genießen. Nur in der Natur unter Gleichgesinnten werden Kämpfer erzogen zur Arbeit am stolzen Bau des Sozialismus, dessen Ziel die Befreiung der Menschheit aus körperlicher Sklaverei und geistiger Einöde ist. Dies ist unser Wille und Streben. Die sozialistische Bewegung braucht Kämpfer, die ihr eigenes Ich beiseitestellen und im Interesse der breiten Masse die größten Opfer durch ihre Betätigung bringen. Arbeiterjugend, zaudere nicht! Wähle! Hinein in die Arbeiterjugendbewegung!

Eine Verjüngung der Lehrkräfte.

Erlaß des preußischen Kultusministers. Ein soeben ausgegebener Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erklärt eine Verjüngung des Lehrkörpers an den höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend als unabweisbar. Der Erlaß sagt u. a.: Die Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß 1. infolge der Zeitumstände den Schulen wesentlich gesteigerte Aufgaben zufallen. Es ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben, daß die während der Kriegsjahre zurückgebliebenen Schüler und Schülerinnen wieder zu voller Leistungsfähigkeit kommen und daß sie die jetzt vorhandenen Lücken in ihren Kenntnissen durch planvoll verstärkte Arbeit ausfüllen. Ferner aber ist in absehbarer Zeit eine grundlegende Reform des gesamten Unterrichtswesens zu erwarten, zu deren Durchführung die ungeschwächte Arbeitskraft, Frische und Fähigkeit der Anpassung an neue Aufgaben von der Lehrerschaft gefordert werden muß. Diesen gesteigerten Anforderungen steht aber zweifellos im allgemeinen eine durch die Lebensmittelnot und die Erregung der Zeiten hervorgerufene Schwächung der Leistungsfähigkeit gegenüber. Sie macht sich vornehmlich bei Personen von höherem Lebensalter bemerkbar und bewirkt häufig eine so erhebliche Minderung der Arbeitskraft, daß der Rücktritt der Beamten in den Ruhestand in der Regel zu einem früheren Zeitpunkt geboten scheint, als es ehemals der Fall war. Dazu kommt ferner, daß 2. für die baldige Unterbringung der in übergroßer Zahl vorhandenen anstellungsfähigen Kandidaten und Kandidatinnen des höheren Lehramts sowie der auf Anstellung wartenden jüngeren Lehrer und Lehrerinnen Platz geschaffen werden muß.

Im weiteren Verlaufe des Erlasses verlangt der Minister von den Schulleitern bis zum 1. Juli eine genaue Zusammenstellung aller Lehrkräfte, die das 65. Lebensjahr entweder bereits vollendet haben oder bis zum Jahresschluß 65 Jahre alt werden. Des weiteren werden die Schulleiter angewiesen, mit den in Betracht kommenden Lehrkräften in schonender, aber eindringlicher Weise Rücksprache zu nehmen und sie zu einer Erklärung aufzufordern, wann sie in den Ruhestand zu treten bereit sind. Der Minister nimmt an, daß die neue Besoldungsordnung vielen den Entschluß erleichtern wird. Bei solchen Lehrkräften, die sich nicht freiwillig zu einem baldigen Ausscheiden aus dem Dienste bereit erklären, soll nach Pflicht und Gewissen berichtet werden, ob sie noch in der Lage sind, den Aufgaben ihres Amtes völlig gerecht zu werden. Selbstverständlich sollen besondere Gründe, die in Familien- und sonstigen Verhältnissen der Betreffenden liegen und für eine längere Belassung im Amte sprechen könnten, nach sorgfältiger Nachprüfung dem Minister zur Kenntnis gebracht werden. Kultusminister Haenisch gibt übrigens der Erwartung Ausdruck, daß die für notwendig erkannte Verjüngung sich über den gesamten Beamtenkörper Preußens zu erstrecken habe.

Psychologie der Arbeit.

In der letzten Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins für Sachsen und Thüringen, die im Zoologischen Institut der Universität stattfand, hielt Herr Dr. Giese vom Institut für angewandte Psychologie (Anstalt Nietleben) einen sehr interessanten Vortrag über Psychologie der Arbeit. Lichtbilder sorgten für sinnliche Verdeutlichung der Untersuchungsmethoden, ihrer Ergebnisse und Hilfsapparate. — Es handelte sich bei diesem Vortrage um die subjektive Form der Arbeit. Die gemeinhin übliche Unterscheidung der Arbeit in körperliche und geistige läßt sich nicht streng einhalten, da die Grenzen fließend sind und bei scheinbar rein körperlicher Arbeit z. B. immer noch seelische Momente mitsprechen. So ist es bei physischen Prüfungen andererseits gar nicht so leicht, Wege zu finden, die eine möglichst breite Anwendung gestatten. Dynamometer und Ergograph geben Resultate, die nur beschränkte Bedeutung haben. Man ist darum bedacht gewesen, Methoden ausfindig zu machen, die möglichst jedem gut liegen, wie: Zahlen addieren, Aufwendiglernen sinnloser Silben, Zusammensetzen einfacher mechanischer Teile, Sortieren und dergleichen. Eine sinnreich erdachte Arbeitsschauuhr läßt die festzustellenden Daten verläßlich registrieren. Man gewinnt aus der Zusammenstellung der gewonnenen Ergebnisse gewisse Arbeitstypen mit fallender, steigender oder gleichbleibender Leistung oder aber auch mit sprunghafter Tendenz. Die Arbeitsanalyse erstreckt sich auf Gebiete wie Uebung, Ermüdung, Erholung, Anregung, Willensspannung und Uebungsverlust. Man achte weiter auf Arbeitstempo, -verlauf, -eingewöhnung, -präzision, -antrieb, -organisation, -monotonie, -kollektivwirkung, -art. Bei dem Zusammenarbeiten spielt der Rhythmus eine Rolle. Die Arbeit wird ferner beeinflußt durch Witterungsverhältnisse. Weiter läßt sich eine gewisse Periodizität im Schaffen des Individuums in Jahreszeiten, Jahres- und Tagesreihen, sowie Tageszeiten feststellen. Auch die Rasse ist in der Arbeitspsychologie ein gewichtiger Faktor, wie auch Geschlecht und Lebensalter von bedeutendem Einfluß sind. Es sind nun Methoden ausgedacht worden, um die Eignung von Personen für gewisse Tätigkeiten experimentell festzustellen durch den Verlauf physischer Reaktionen (Sortieren, Bedienung von Schaltern), die von der Schauuhr graphisch festgelegt werden. Solche Reaktionstypen wurden im Diagramm veranschaulicht; es entstehen so verläßliche Eignungsbilder für einzelne Berufe. Ein weites Feld ist nach den vielversprechenden Anfängen noch zu bebauen. Man wird mit Hilfe dieser Forschung die menschliche Arbeit besser bewerten und auch die geeigneten Kräfte für die jeweiligen Anforderungen leichter auswählen können. Weiter lassen sich dadurch Instrumente und Maschinen dem Spezialzwecke anpassen. Man wird auch in der Lage sein, manches in der Anordnung des Unterrichts hierdurch zu verbessern, so daß mehr Sparsamkeit im physischen Kraftverbrauch eintritt.

Die Besprechung förderte noch weitere Erörterungen im Anschluß an das Thema zutage.

Antisemitisches Ungeziefer.

Im „Hamburger Echo" lesen wir unter obiger Spitzmarke: Vor einiger Zeit wurde anscheinend von Hand dummer Schnüffel des Heine-Denkmal am Barthof durch Abschlagen einiger Finger stark beschädigt. Jetzt haben neuerdings antisemitische Missisinken das Gesicht mit Dreck und Teer beschmiert, daß das Gesicht nur ein schwarzer Punkt ist. Welch ungeheure Verwiderung und Verwahrlosung muß bei diesen teutonischen Jünglingen um sich gegriffen haben, wenn sie glauben, mit derartigen Flegeleien „deutsche Heldentaten" vollbracht zu haben. Und so etwas fühlt sich berufen, „das Salz der Erde", der „Sauerteig der Völker" zu werden. An diesem deutschen Wesen wird wohl niemals die Welt genesen. Vorläufig hat uns dieses Wesen an den Abgrund gebracht. Und das verdanken wir jenen Mauhelden, die uns „Deutschland über alles" ein Indianergeheul machten. Aber jeder Vogel singt wie ihm der Schnabel gewachsen ist und die Zoologie lehrt uns, daß der Mistfink ein sehr schlechter Sänger ist.

Schlimmer als der Zorn von tausend
Elefanten ist die Feindschaft
Einer einzigen kleinen Wanze
Die auf Deinem Lager kriecht.

Mußt Dich ruhig beißen lassen —
Das ist schlimm — noch schlimmer ist es
Wenn Du sie erdrückst; der Mißduft
Quält Dich dann die ganze Nacht.

Ja, das Schrecklichste auf Erden
Ist der Kampf mit Ungeziefer,
Dem Gestank als Waffe dient —
Das Duell mit einer Wanze.

Tagesordnung für die Stadtverordneten

am Montag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Einführung einer einheitlichen Monatskarte bei der Straßenbahn. 2. Eigenbetrieb der Thaliaäle. 3. Instandsetzung von Dampfleitungen auf dem Gertraudenfriedhof. 4. Nachbewilligung für Straßenausbau südlich Bergmannstrost. 5. Bauarbeiten im Museum. 6. Anfrage betr. Hetze gegen Schüler jüdischen Glaubens. 7. Anfrage betr. Einschränkung des Straßenbahnbetriebes. — Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
J. V.: Keil.

* **Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen** findet Anfang nächsten Monats statt. Eine gewaltige Zahl Abstimmungsberechtigter ist aus dem Reiche in die Heimat zu befördern. Die großen Kosten dieses Transports müssen von privater Seite aufgebracht werden. Von Mitgliedern beider Parlamente ist deshalb für die „Grenz-Spende" ins Leben gerufen worden, die eine wahre Volksspende sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Niemand darf sich ausschließen, auch die kleinsten Beiträge werden wertvolle Bausteine sein. Eine Annahmestelle befindet sich in der Geschäftsstelle unserer Zeitung, die über alle Eingänge öffentlich quittiert.

* **Straßen sprengen.** Gar häufig kann jetzt die Beobachtung gemacht werden, daß Straßenkehrer ihr Amt ausführen, ohne vorher den Staub durch Sprengen von Wasser gelöscht zu haben. Ganze Wolken Schmutz werden bei dieser trockenen Straßensäuberung — zumal bei dem gegenwärtig herrschenden Winde — aufgewirbelt und rufen eine arge Belästigung für Passanten wie für die Anwohner, die nur mit Gefahr ihre Zimmerfenster öffnen können, hervor. Da sich dieser Unterlassungssünde auch städt. Straßenkehrer, wie uns mitgeteilt wird, schuldig machen, seien hierdurch die maßgebenden Instanzen auf den Uebelstand hingewiesen. Es würde auch lebhaft begrüßt werden, wenn sich der städtische Sprengwagen öfter sehen ließe.

Gegen die hohen Preise der Zündhölzer richtet sich eine besondere Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums an die Preisprüfungsstellen. Für die Abgabe an den Großhandel sind Höchstpreise vorgeschrieben. Es ist dabei unerheblich, welche Mengen der Großhändler bezieht oder in welchem Umfange der Erzeuger schon an Großhändler insgesamt geliefert hat. Damit hat sich auch die Zündhols-Industrie-Aktiengesellschaft und die Vertreter der Industrie einverstanden erklärt. Wenn einzelne Firmen neben dem Großhandel auch Kleinhandel betreiben, kann auch vom Erzeuger der Großhandelsverkaufspreis genommen werden, weil mit diesen Mengen mehr Arbeit verbunden ist. Die Umsatzsteuer darf dagegen bei Berechnung des Kleinhändlereinkaufspreises bei Lieferungen an den Großhandel nicht besonders angerechnet werden. Es ist dies sogar eine strafbare Höchstpreisüberschreitung. Gesetzliche Höchstpreise dürfen weder unmittelbar noch mittelbar durch Berechnung besonderer Zuschläge für Steuern, Fracht oder Verpackung u. a. überschritten werden. Die Steuer ist bei dem Höchstpreis berücksichtigt.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose. Der Verein zur Beämpfung der Tuberkulose in Halle teilt uns mit, daß er ärztliche Sprechstunden für den Mittelstand eingerichtet hat. Anmeldung in der Sprechstunde der Schwestern, täglich von 3 bis 4 Uhr (Salzgrafenstraße 1). Der Verein bittet, daß diese Einrichtung recht reichlich benutzt wird. Für die Mittelstandsangehörigen kommt ebenso wie für die sonstigen Pfleglinge der Fürsorgestelle in Frage: ärztliche Untersuchung und Beratung (nicht Behandlung), Beihilfen zur Durchführung von Heilanstaltskuren für Erwachsene und Kinder, sonstige Beihilfen bei Erkrankungsfällen an Tuberkulose, Wohnungsbesuche durch die Schwestern. Nach Möglichkeit ist eine Ueberweisung durch den Hausarzt mitzubringen. Als Mittelstandsangehörige in diesem Sinne werden alle Familien betrachtet, deren Ernährer Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlen oder solche, die diesen gleich zu erachten sind.

* **Die Einfuhr von Obst und frischem Gemüse freigegeben.** Der Magistrat macht bekannt: Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Einverständnis mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister und dem Herrn Reichsfinanzminister angeordnet, daß mit sofortiger Wirkung die unbeschränkte Einfuhr von frischem Obst mit Ausnahme von Südfrüchten und von Luxusobst freigegeben wird. Auch getrocknetes und gedörrtes Obst sind sofort unbeschränkt zur Einfuhr zuzulassen. Das Gleiche gilt für die Einfuhr von frischem Gemüse für die Zeit vom 28. Juni dieses Jahres ab. Einer Einfuhrbewilligung oder eines Einfuhrscheines für diese Waren bedarf es also in Zukunft nicht mehr. Hinsichtlich des zur Einfuhr noch nicht freigegebenen Luxusobstes ist zu bemerken, daß darunter zu verstehen sind insbesondere Pfirsiche, Weintrauben und Edelobst (feine Tafeläpfel und Tafelbirnen).

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Am 15. 6. sprach in der Versammlung der Kriegsbeschädigtenabteilung der 2. Vorsitzende, Kamerad Gerhardt, über: „Was haben die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vom neuen Reichstag zu erwarten?" Ausgehend von der sozialen, politischen, parlamentarischen Entwicklung Deutschlands seit 1813 ging er von der Arbeit der Nationalversammlung und jetzigen Regierung zum neugewählten Reichstag über, von dem und von der neuen Regierung er die unparteiliche Behandlung der gesamten Kriegsopferfürsorge forderte. Den Forderungen der bestehenden Kriegsbeschädigten- und -Hinterbliebenenorganisationen muß in erster Linie Beachtung geschenkt werden, da diese die wirklich sachkundigen Interessenvertretungen der Kriegsopfer sind. — Kamerad Fiedler referierte sodann über: „Die Stellung des Reichsbundes zur Internationale der Kriegsopfer", die kürzlich in Genf getagt hat. Der Reichsbund hat auf seinem im Mai stattgefundenen Bundestag einleitende, aber nicht bindende Verhandlungen mit dieser Internationale beschlossen. Er hat sich, getreu seiner parteipolitischen und konfessionellen Neutralität, eine Internationale der Kriegsopfer zum Ziel gesetzt, die sich der gesamten Regelung der Kriegsopferfürsorge im internationalen Sinne annimmt. Einen Anschluß an eine der sozialistischen Internationalen aber muß der Reichsbund entschieden ablehnen. Hierbei führte Kamerad Fiedler aus, daß sich in der am 13. 6. hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bedauerlicherweise neue Schwierigkeiten für die weitere ersprießliche Zusammenarbeiten der hiesigen Kriegsopferorganisationen durch die Reden der „Internationalen" ergeben hätten. — An beide beifällig aufgenommenen Referate schloß sich eine rege Aussprache. — Für den neu zu bildenden Kriegsbeschädigtenbeirat in der amtlichen Fürsorge wählte man die Kameraden Fiedler, Kunert, Gerhardt, Hallupp. — Als Delegierte zu dem vom 31. 7. bis 21. 8. hier stattfindenden Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt wurden die Kameraden Vogel, Kunert, Gerhardt, Hartig, Rohleder und die Kameradinnen Köcke, Lennicke, Wolln gewählt. — Zu diesem Gautag bittet der Reichsbund die Einwohnerschaft nochmals um freundliche Stellung von Quartieren. Es werden noch 300 benötigt, für die pro Nacht ohne Verpflegung 6 M. vergütet werden. Meldungen werden an die Geschäftsstelle, Halle a. d. S., Neue Promenade 3, erbeten.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, Halle.** Acker „Galgenberg", Pächterversammlung Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in Kochs Gasthof zum Röderberg, Brunnenstraße-Reilstraße Ecke.

* **Stadttheater.** Heute Freitag, abends 8½ Uhr wird Marschners Oper „Hans Heiling" gegeben. Sonnabend „Der Zigeunerbaron". Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Vor Sonnenaufgang". Anstelle der „Afrikanerin" geht, da ein Ersatz für die Partie des Vasco de Cama nicht zu beschaffen war, am Sonntag abend 7 Uhr „Lohengrin" in Szene und zwar zum letzten Male in dieser Spielzeit. Die Partie des Lohengrin singt Herr Willy Zilken vom Friedrich-Theater in Dessau. Montag „Im weißen Rößl".

* **Leichtathletische Wettkämpfe.** Am Sonntag, den 20. Juni, veranstaltet der hiesige Saalegau auf dem günstig gelegenen Komet-Sportplatz, an der Delitzscher Straße, von vormittags ½9 Uhr ab, seine ersten diesjährigen leichtathletischen Wettkämpfe, bestehend aus Lauf-, Sprung- und Wurfkonkurrenzen für Anfänger, Erstlinge und alte Herren. Zu diesen Wettbewerben sind insgesamt 128 Nennungen abgegeben, so daß hier schon guter Sport geboten werden kann. Unter den Teilnehmern befinden sich manche gute Kräfte, die hier erst noch einmal zeigen sollen, was die Vereine zu den Gaumeisterschaften stellen werden. Es ist in diesem Jahre die erste Veranstaltung dieser Art in Halle. Wir wünschen derselben einen guten Verlauf und regen Besuch.

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine des Bezirks.

Um eine geregelte Mahlabrechnung zu ermöglichen ersuchen wir, alle Sammlungen auf Listen und Mahlsondermarken abzuschließen. Die Ablieferung der Listen und Verrechnung der gesammelten Beträge muß mit den Unterbezirken erfolgen. Die Abrechnung der Mahlsondermarken muß bei Abschluß der Quartalsabrechnung mit der Bezirkskasse in Halle erledigt werden.

Der Bezirksvorstand.
i. A.: H. Kunzemann.

Sitzung des Bezirksausschusses.

Den Unterbezirksvorständen ist bereits mitgeteilt, daß Sonntag, den 20. d. M., vormittags 11 Uhr, im Augustinerbräu in Halle, Mittelstraße, eine Sitzung des Bezirksausschusses stattfindet. Zu dieser Sitzung sollen die Kassierer der Unterbezirke mit anwesend sein.

Der Bezirksvorstand. J. A.: R. Drescher.

Unterbezirk 2 Merseburg.

Am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9½ Uhr findet im Kasino in Merseburg eine Unterbezirkskonferenz statt. **Jeder Ortsverein muß auf dieser Konferenz vertreten sein.**

Tagesordnung:

I. **Was lehrte uns die Reichstagswahl.**
II. Organisation, Agitation und Presse.
III. Geschäftliche.

J. A.: Albert Müller, Vorsitzender.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0005

Wahlen in Groß-Ammendorf.

Am Sonntag den 20. Juni schreitet die Bevölkerung der neugeschaffenen Großgemeinde Ammendorf abermals an die Wahlurne. Während am 6. Juni der Wahlkampf in den großen, allgemein politischen Zügen geführt wurde, wird nächsten Sonntag über die, jeden einzelnen Wähler und jede Wählerin unmittelbar interessierende kommunale Politik der Heimatgemeinde entschieden. Sozialismus und Demokratie sollen die beiden großen Richtpunkte sein, von denen sich, die mit dem Geschick und dem Wohle jedes Einzelnen so eng zusammenhängende Gemeindevertretung leiten lassen soll. Gerade auf dem Gebiete der kommunalen Politik gilt es, die richtigen Männer und Frauen an die richtige Stelle zu setzen. Die richtigen Vertreter können jedoch nur von den Parteien gestellt werden, die im engsten Zusammenhange mit den weiten Schichten der Bevölkerung stehen. Zu diesen Parteien ist in allererster Linie die sozialdemokratische Partei zu zählen, die bereits in einem jahrzehntelangen Kampfe, in tausenden von Kommunen, für die Interessen der werktätigen Bevölkerung eingetreten ist. Eine Fülle von Erfahrung hat sich die Sozialdemokratie während dieser praktischen Tätigkeit für die Verbesserung der sozialen Lage der bisher unterdrückten Bevölkerungsschichten erworben. Ueberall wo es galt, die Interessen des Hand- und Geistesproletariats zu vertreten oder gegen die mannigfaltigen Angriffe der Gegner aller Schattierungen zu verteidigen, waren die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zur Stelle. So werden auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in unserem neuen Ortsparlament dieses traditionelle Uebergewicht über alle andere Parteien zu wahren wissen und die kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokraten mit aller Macht vertreten. Finanzpolitik, Volkswohlfahrtspflege, Kommunalisierung der Kranken-, Jugend- und Säuglingsfürsorge, Schaffung von Heimstätten jedweder Art, Hebung der allgemeinen Volksbildung, umfassende Regelung der Ernährungsverhältnisse usw. sind nur die handgreiflichsten Forderungen die wir zur Besserstellung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der breiten Volksschichten aufstellen. Im Rahmen dieser Forderungen wirkt, als lebendiger Stoff, die jahrzehntelange praktische Erfahrung der sozialdemokratischen Vertreter in der Kommunalpolitik.

Es ist daher keine Partei wie die Sozialdemokratie berufen, die Vertreterin des schaffenden Volkes, der Invaliden, Kriegsopfer, Waisen und aller der Hilfe bedürftigen Volksgenossinnen und -Genossen zu sein. Am 20. Juni ist es daher Pflicht der Wählerinnen und Wähler, sozialdemokratisch zu wählen, dieser Partei die Mittel in die Hand zu geben, den Boden zur Durchführung ihrer humanistischen und sozialen Forderungen zu schaffen. Sozialistisch und demokratisch soll der Kurs in der neuen Gemeinde sein, damit das Wohl und Wehe aller Einwohner im denkbar günstigsten Sinne berücksichtigt werden kann. Sozialistisch und demokratisch müssen wir daher wählen, der eigene Selbsterhaltungstrieb fordert es. Am 20. Juni lautet die Parole für die Ammendorfer Wählerschaft: **„Wählt Sozialdemokraten!"**

„Wählt die Liste Habermann!"

Zu den Vorgängen im Kreistage.

Die Vorkommnisse auf den letzten beiden Kreistagen des Saalkreises geben nach Form und Zweck der Oeffentlichkeit ein Anrecht über die Verhältnisse näher unterrichtet zu werden, zumal das Volksblatt in seiner Nummer vom Mittwoch über den letzten Kreistag Betrachtungen anstellt und zu Schlüssen gelangt, die wieder einmal eine Rekordleistung in der Verschiebung der Tatsachen vorstellen.

Der vorletzte Kreistag war beschlußunfähig geworden, weil die Unabhängigen sich entfernt hatten, als die Beratung des Haushaltsvoranschlags begann. Als es zur ersten Abstimmung kam, mußte ich die Beschlußunfähigkeit feststellen und demzufolge die Sitzung schließen. Auf die Tagesordnung des letzten Kreistages hatte ich nur die Beratung des Haushalts gesetzt und bei der Einladung auf § 124 der Kreisordnung verwiesen, nach welchem zur Beschlußfähigkeit des Kreistags nicht mehr die Anwesenheit der größeren Hälfte der Mitglieder erforderlich ist, wenn der Kreistag zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen" worden ist. Der Wortführer der Unabhängigen, Herr Driebusch, behauptete nun, der ganze Kreistag sei gesetzlich unzulässig, weil ich nicht die gesamte Tagesordnung des vorigen Kreistages wieder zur Verhandlung gestellt hätte. Aber die Kreisordnung enthält weder im Text noch in irgend einem der Kommentare auch nur die leiseste Andeutung daß das zu geschehen habe. Sie beauftragt den Landrat nur, die Tagesordnung festzusetzen und gewährt den Mitgliedern das Recht, noch anderweite Gegenstände zur Beratung stellen zu lassen. Von diesem Rechte haben die Unabhängigen zwar das vorletzte Mal, nicht aber diesmal, Gebrauch gemacht. Sie hatten nämlich beantragt, die Einrichtung der vom Oberpräsidenten aufgelösten Arbeiterräte im Landratsamte weiter bestehen zu lassen und alle amtlichen Bekanntmachungen nur im Volksblatte gegen Bezahlung zu veröffentlichen. Ich wiederhole, daß für mich nicht die mindeste Verpflichtung bestand, auch diese beiden Anträge wieder auf die Tagesordnung zu setzen, daß das aber von den Unabhängigen beantragt werden konnte und daß sie von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht haben. Herr Driebusch mußte auch zugeben daß meine Auffassung, die von Herrn v. Zakrzewski und vom Kreiskondius Dr. Hausmald geteilt wurde, richtig sein könne, trotzdem begründete er dann mit der ihm eigenen Selbstsicherheit die Ablehnung des Haushalts wieder mit der vermeintlichen „Ungesetzlichkeit" des Kreistages.

Schon diese Skizzierung der Entwicklung des Konflikts läßt klar erkennen, daß die sächsischen Differenzen nur künstlich konstruiert sind, um den wirklichen Grund zu verschleiern. Dieser wirkliche Grund des Verhaltens ist die offenbare Absicht, mich durch wüste Anpöbelungen zum Rücktritt zu bewegen bezw. meine endgültige Ernennung zu hintertreiben. Zu diesem Zwecke sind die Herren bereits bei der Regierung in Merseburg und beim Oberpräsidenten vorstellig geworden. Ob sie Erfolg gehabt haben, werden die nächsten Tage lehren.

Für den Saalkreis kann allerdings ihr Verhalten die allerschwersten finanziellen Nachteile haben; denn die nicht rechtzeitige Genehmigung des Haushalts kann den Kreis um ein merwolles Stück, die Bewegungsfreiheit bei Erhebung der Steuern hinden und ihn einen Teil der Staatsbeihilfe verlustig gehen lassen. Das wurde in der Kreistagssitzung eingehend dargelegt; die Unabhängigen konnten dem auch nicht widersprechen; aber ihre blinde Sucht, mich vor der Oeffentlichkeit zu distreditieren war stärker als ihr Pflichtgefühl, für den ihrer Obhut anvertrauten Saalkreis das Beste herauszuschlagen.

Zum dritten Male haben mir die Unabhängigen ihr Mißtrauen, diesmal sogar „wiederholt ihr allerschärfstes", ausgesprochen. Das erste Mißtrauen drückten sie mir bereits Mitte September, mehrere Tage vor meinem Amtsantritt aus. Damals brachten sie es sogar fertig, meinem Amtsvorgänger, dessen sofortige Entfernung sie erst in mehreren Eingaben an den Minister erzwingen hatten, ihre Anerkennung auszusprechen. Trotz dieses Mißtrauens aus Vorschuß haben die Herren dann mit mir ein reichliches halbes Jahr ganz gut gearbeitet, so daß mir Herr Driebusch im Januar in Gegenwart des Herrn Albrecht erklärte, wenn ihr eigener Landratskandidat nicht bestätigt würde, sei ich auch ihnen „der Geeignetste" trotz der vorgekommenen Differenzen.

Erst als ich die Weiterbezahlung der überflüssig gewordenen Arbeiterräte Ende März ablehnte um dem Kreise jährlich 12 000 Mark zu ersparen, und als ich dem Volksblatte die Bezahlung der Bekanntmachungen entzog, durch Herausgabe eines besonderen Amts- und Verordnungsblattes, hat sich der Zorn gegen mich bis zur Siedehitze gesteigert, und jedes Mittel ist den Herren recht gegen mich anzurennen.

Daß Herr Driebusch sich zum Wortführer macht ist seine Sache. Aber er dürfte doch etwas vorsichtiger sein, denn gerade er hat schon mehrmals die Sorgfalt vermissen lassen, von denen das amtliche Eingreifen getragen sein soll. Vor mehreren Wochen behauptete er, sechs Zentner Wurstwaren, aus Schwarzschlachtungen herrührend, ausfindig gemacht zu haben. Sehr bald stellte sich zweifelsfrei heraus, daß keine Schwarzschlachtung vorlag, und ich mußte die Beschlagnahme über die 3½ Zentner Wurstwaren — nicht sechs Zentner — aufheben. — Weiter behauptete Herr Driebusch unlängst, ich hätte einen Geheimbericht über ihn an den Oberpräsidenten „mit den Lieblichkeiten meiner Feder geschmückt". Das war glatt erfunden. Trotzdem hat Herr Driebusch noch keinen Widerruf geleistet. — Er hat ferner behauptet, das Amts- und Verordnungsblatt erscheine gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Kreisausschusses. Ich habe auch hier das gerade Gegenteil festgestellt. — Herr Driebusch hat von ihm „untergeordneten Ortsgendarmern" gesprochen, während er als Amtsvorsteher wissen muß, daß keinerlei dienstliche Unterordnung zwischen den Gend.-Wachtmeistern und den Amtsvorstehern besteht. — Schließlich hat Herr Driebusch behauptet, ein Vertrauensmann auf dem Ernährungsgebiete habe einem Ortsvorsteher 600 Mark bar auf den Tisch gelegt. Ich habe Herrn Driebusch aufgefordert mir den Namen zu nennen. Er hat das bis heute nicht getan.

Angesichts dieser Sachlage kann ich nicht gehalten sein, den Auslassungen des Herrn Driebusch denjenigen Wert beizulegen, den er wünscht. Und wenn das Volksblatt seinen Bericht über den Kreistag mit den Worten schließt, die Frage laute nicht: Thiele oder Driebusch, sondern Thiele oder der Saalkreis, so kann ich nur der ersten Hälfte dieser Parole beipflichten. Die zweite Hälfte muß dagegen lauten: Steht die unsachliche persönliche Gehässigkeit höher oder das Interesse des Saalkreises?

Ad. Thiele.

Ein ausgemachter Volksblattschwindel.

Der Vorsitzende unseres Ortsvereins in Uebigau schreibt uns zu einer der letzten Volksblattschwindelnotizen folgende herzerfrischend, nicht gerade von verlorenem Kampfesmut zeugender Zeilen:

Das „Volksblatt" schreibt in einer der letzten Nummern von voriger Woche unter Falkenberg, die Ortsgruppe Uebigau der S. P. D. sei geschlossen zur U. S. P. übergetreten. Als ich das las, war ich im ersten Moment verblüfft, denn ich dachte, daß ich als Vorsitzender der Ortsgruppe mindestens eine Ahnung von dieser Sache haben müßte. Dann dachte ich an einen April'scherz. Aber die gibt es ja wohl im Juni nicht mehr. Nun, mein wackrer Volksblatt-Gewährsmann, ich kann dir sagen, daß du dich ganz gewaltig vorbeigefreut hast, oder hat dich der Wahlstegtaumel so benebelt, daß du S. P. D. und U. S. P. nicht mehr unterscheiden kannst? Ich will dir raten, gib dir keine Mühe, solange ich Vorsitzender der Ortsgruppe bin und ich hoffe es im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft noch recht lange zu sein, werden wir das bleiben was wir sind. Bleibt nur so „konsequent" wie bei der jetzigen Regierungsbildung, dann werdet ihr nicht einmal mehr Unaufklärte fangen können. Einer Partei beitreten, die lieber Millionen werktätiger Menschen aller ihrer mühsam erworbenen Rechte und Freiheiten beraubt und unter die Knute der Reaktion bringt, um das Parteiprestige und die „Konsequenz" zu wahren, dieße geradezu in den reißenden Strom springen. Kommt im letzten Augenblick möchte auch ich euch raten, besinnt euch. Erfüllt nun was eure Wähler von euch verlangen und was ihr ihnen versprochen habt. Oder soll an eurer Engstirnigkeit und eurem Parteigeiosmus die gesamte Arbeiterbewegung zerschellen. Werdet wieder Sozialdemokraten, wie wir es noch sind. Furchtbarem gehen wir durch eure Schuld entgegen und noch furchtbarer wird die Abrechnung der von euch verblendeten Arbeiterkreise mit euch, ihren jetzigen Führern sein, wenn sie erkannt haben wohin ihr sie in selbstherrlicher Weise geführt habt. Kehrt zurück zur Vernunft, denn ihr habt sie verloren. Wollt ihr so wieder praktische Arbeit für die werktätige Bevölkerung leisten, dann ist nicht unser Weg zu euch, sondern euer Weg zu uns. Allen andern rufe ich zu: Kommt zu uns, helft uns aufbauen, tretet ein, werbt neue Kämpfer für die Partei der positiven Arbeit die S. P. D.

Und dir lieber Freund von oben sage ich, aus dem Kuhhandel wird nichts.

Mit haben diesen Zeilen unseres Genossen nichts hinzuzufügen, da wir damit nur die Wirkung dieser von der ungebrochenen Kraft unserer Genossen im Bezirk zeugenden Notiz abschwächen würden. In ihrer ganzen Kläglichkeit wird aber damit die Berichterstattung des Volksblattes beleuchtet, wenn man bedenkt, daß dieses Blatt von dem „Zusammenbruch der mehrheitssozialistischen Hochburg Uebigau" schrieb.

Hetze gegen den Landarbeiterverband.

Seit Wochen hetzt die deutschnationale Presse die Oeffentlichkeit planmäßig gegen den Deutschen Landarbeiterverband auf. Tag für Tag werden von einer bestimmten Stelle Hetzartikel gegen den Verband losgelassen, die ihren Weg stets zum letzten reaktionären Kreisblättchen finden.

Der Verband wird als kommunistisch-bolschewistische Organisation denunziert und immer deutlicher nach einem gesetzlichen Eingreifen gerufen, wobei in der verlogensten Weise die Verbraucher, vor allem die Bewohner der Städte, gegen die Verbandsleitung und die Organisation der Landarbeiter aufgepeitscht werden. „Der Landarbeiterverband droht in Pommern wieder einmal mit dem Generalstreik!" schreiben heute im Chorus „Deutsche Tageszeitung", „Kreuz Zeitung", „Deutsche Zeitung" und all die von den Kriegsschiebern gekauften Provinzblätter. Gestern war es die Provinz Sachsen, die vom Landarbeitergeneralstreik heimgesucht werden sollte. Hier sei die Rübenernte vernichtet, die deutsche Zuckerproduktion unmöglich gemacht, in Pommern wolle der Verband die gesamte Ernte vernichten.

Es gibt nicht leicht eine mit größerer Gemeinheit und anhaltend derselben Verlogenheit betriebene Agitation gegen eine wirtschaftliche Arbeiterorganisation, wie sie sich hier zeigt. In der Provinz Sachsen haben die Landarbeiter auf einigen Gütern wenige Tage die Arbeit ruhen lassen, um Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage zu erzwingen. Die Teuerungszulage ist bewilligt, die Arbeit längst wieder aufgenommen, die Rübenernte ist nicht vernichtet und die Zuckerproduktion hat nicht den geringsten Schaden erlitten.

In Pommern aber vereitelt der „Pommersche Landbund" jedes Zustandekommen einer tariflichen Vereinbarung zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und dem landwirtschaftlichen Unternehmer. Pommern ist die einzige Provinz in Preußen, in der in der Landwirtschaft ein Zwangstarif seitens der Regierung durchgesetzt werden mußte, weil der Pommersche Landbund jede friedliche Vereinbarung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vereitelt hat. Der Landbund sieht als seine Hauptaufgabe die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter an. In diesem Zwecke hat er in seiner Organisation eine sogenannte Arbeitnehmergruppe gebildet. Diese gelbe, zumeist auf dem Papier stehende Organisation wird bei allen Tarifverhandlungen als Sturmbock vorgeschickt. Obwohl der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß diese Vereinigung als Tarifpartei gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 nicht anerkannt hat, wird vom Landbund immer wieder verlangt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter diese vom Gelde der Unternehmer unterhaltene gelbe Vereinigung anerkennen sollen.

Wenn es in Pommern während der kommenden Ernte wieder zu größeren Streiks kommen sollte, ist nur der Landbund schuld. Die seinerzeit auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen Zwangstarife entstehen heute, nach der Aufhebung des Ausnahmerechts einer Rechtsgrundlage. Sie sollen nur auf Grund freier Vereinbarung oder durch ein paritätisches Schiedsgericht erneuert werden. Der Landbund aber verhindert das Zustandekommen von Verhandlungen und auch das Zusammentreten von Schiedsgerichten. Obwohl er weiß, daß die pommerschen Landarbeiter von ihrem berechtigten Verlangen auf tarifliche Regelung ihrer Lohnbezüge nicht abgehen werden, läßt er es auf den offenen Konflikt ankommen, weil er darauf hofft, daß durch einen Ernestreik die Stimmung für ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter reif wird. Die täglichen Hetznotizen in allen agrarischen Blättern deuten auf einen planmäßigen Feldzug in dieser Richtung. Die deutschnationalen Agrarier wittern seit langem Morgenluft und hoffen, ihren verhaßten Gegner, die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, baldigst zertrümmern zu können. Die Herrschaften werden sich schwer verrechnen.

Roitzsch. Grundbesitz unter unabhängigen Schutz. Am Mittwoch, den 16. Juni war von Interessenten eine Versammlung einberufen, um einen Flurschutz zu gründen. Und siehe da, die U. S. P.-Leute, besonders ihr Führer, Herr Henze, trat sehr eifrig für dieses Art Ortswehr ein. Wie verhält sich denn das? So schimpft die U.S.P., daß wir die Beschützer des Kapitals und des Grundbesitzes sein, und hier sind es gerade die Unabhängigen, die die Gründung eines Flurschutzes befürworten. Besonders der unabhängige Amtsvorsteher von Ramsin betonte, daß die Ordnung im Kreise Bitterfeld nur durch Gründung von Schutzwehren aufrecht erhalten werden könnte. Man sieht auch hier, Theorie und Praxis sind zweierlei.

Eisleben. Städtische Obstbewirtschaftung. Unser Obst, Kirschen und Hartobst, wird unter Mitwirkung der Debitur von der Stadt ohne Verpachtung selbst geerntet und ohne Zwischenhandel auf Lebensmittelkarte, pro Pfund Kirschen 75 Pfg., unter die Bevölkerung verteilt. Ein gerechter Ausgleich ohne besondere Kosten. Zum Dank für solche Maßnahmen, gibts einen Tritt Volksgenossen die sich auf eigenmächtige, baumschädigende und rüpelhafte Weise am Allgemeingut vergreifen. Diese Art Volksgenossen scheinen vom sozialistischen Begriff eine besondere, scheinbar ganz neuartige Auffassung zu haben.

— Stadtverordneter Dr. Leers †. Die bürgerliche Fraktion der hiesigen Stadtverordnetenversammlung hat einen Verlust durch den Tod des seit 15 Jahren als Stadtverordneter amtierenden Prof. Dr. Leers erlitten. Leers war kein besonderer Freund der Sozialisten, hatte aber den Vorzug, mit dieser Eigenschaft aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Mit dem Abgang Dr. Leers macht sich eine neue Besetzung notwendig, so daß bei uns im Stadtparlament die fortwährende „Auswechslung" nicht abreißt.

Magdeburg. In der Notwehr erschossen. Der Arbeiter Walter Nehländer, Kroatenweg 4, bem am Sonntag in einer Schankwirtschaft in der Wolfenbüttler Straße seine Zeche unverhältnismäßig hoch erschien, machte dem Wirt darüber Vorhaltungen. Er griff ihn tätlich an der Wirt wehrte sich und es entspann sich zwischen beiden ein Kampf. Der Wirt zog darauf einen Revolver aus der Tasche und brachte dem Angreifer einen Schuß bei, der dessen unmittelbaren Tod zur Folge hatte.

Wittenberge. Räuberischer Ueberfall auf ein Bauerngehöft. Einen Kampf mit Einbrechern hatte in der Nacht zum letzten Sonntag der Besitzer der Ruhlmühle bei Dranse (Ostprign.), Erb, zu bestehen. Als nachts der Hofhund anschlug, sah E. zum Fenster hinaus und entdeckte auf dem Hofe mehrere Männer. Nichts Gutes ahnend, eilte er mit einem Jagdgewehr bewaffnet hinaus. Auf dem Hofe angekommen, stürzten sich jene sofort auf ihn und schlugen auf ihn ein. Nachdem von beiden Seiten geschossen worden war, entflohen die Einbrecher, ohne etwas erreicht zu haben. Nach in der Nacht wurde der zuständige Gendarm herbeigerufen. Dieser fand in einem Stalle des Gehöfts einen schmer verwundeten Mann und bald darauf in einem anderen Versteck auf dem Gehöft eine Frauensperson. Beide gehörten zu den Einbrechern. Der Mann war bei dem Kampf, ohne daß Erb dies bemerkt hatte, dermaßen verwundet worden, daß er sich nur noch nach dem Stall schleppen konnte. Die Frauensperson, wahrscheinlich seine Geliebte, wird ihn in seiner Hilflosigkeit nicht haben verlassen wollen. Während der Verwundete im Wittstocker Krankenhaus Aufnahme fand, wurde die Frauensperson dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem Ueberfall um ein Verbrechen gefährlichster Art. Der verwundete Einbrecher hat vor mehreren Jahren auf der Ruhlmühle gearbeitet, war also mit den dortigen örtlichen Verhältnissen bekannt. Zusammen mit zwei anderen Kumpanen und dem festgenommenen Frauenzimmer wurde in Berlin der Raubzug nach der Ruhlmühle vereinbart. Der Plan ging dahin, die Bewohner unschädlich zu machen und dann alles mitzunehmen, was man finden würde. Es wäre dort offenbar zu einem entsetzlichen Blutbad gekommen. Zwei der Einbrecher sind leider entkommen, doch dürfte es gelingen, auch ihrer noch habhaft zu werden.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni, am 15. Juli d. J. eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommissionen nach Berlin zu berufen, zwecks Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über die weiteren erforderlichen Maßnahmen entschieden werden.

Versammlungs-Kalender

Delitzsch. Am Sonnabend, den 19. Juni abends 8.30, findet unsere Mitgliederversammlung im Parteilokal „Deutsches Haus" statt. Rege Beteiligung der Mitglieder wird erwartet.
Der Vorstand.

Mücheln. Sonntag, nachm. 3.30 Uhr. im Restaurant „Zur guten Quelle": Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200618-12/fragment/page=0006